

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Aufhebung unter Kreuzband M. 1,80.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Belsenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Berliner-Anzeigen  
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

**Inhalt:** Partei und Moral. — Gnade und Gerechtigkeit.  
— Politische Umwälzung. — Maurerbewegung: Streiks, Aus-  
sperungen, Abregulierung. — Differenzen. — Bekanntmachung  
des Verbandes. — Agitationsveranstaltungen. — Bekannt-  
machungen der Gewerkschaften. — Bericht. — Maurerverband und  
Sozialdemokratische Partei. — Konflikt im rheinisch-westfälischen  
Vertragsgebiet. — Verbot oder Reform der Affordarbeit. —  
Zentral-Krankenkasse. — Sozial-Dau: Unfälle, Arbeiteridiot, Sub-  
missionen usw. — Aus anderen Verufen. — Gewerkschaftliche Rechts-  
pflege und Arbeiterversicherung. — Verchiedenes. — Eingegangene  
Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Partei und Moral.

Im Bericht des Vorstandes der sozial-  
demokratischen Partei an den Parteitag in  
Mannheim wird zu Beginn des Kapitels „Schiedsgerichte“  
den Parteigenossen dringend empfohlen, bei Stellung von  
Anträgen auf Ausschluß von Genossen aus der Partei recht  
vorsichtig zu sein, um unliebsame Auseinandersetzungen  
zu verhüten. Wie berechtigt diese Mahnung ist, beweist der  
Umfang, daß die Mehrheit der abgehaltenen Schiedsgerichte  
„nicht“ dazu gelangt ist, die fernere Parteigehörigkeit den  
angeschuldigten Genossen abzusprechen. Im Verlauf des  
Artikels wird das Urteil eines in Kaiserlautern abgehaltenen  
Schiedsgerichtes mitgeteilt. Da „tann es das Schiedsgericht  
nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß oft in recht leicht-  
fertiger Weise die Ehre von Parteigenossen aus den eigenen  
Reihen angegriffen und beschmutzt wird.“

Diese Klage ist leider nicht neu in der sozialdemokra-  
tischen Partei, obwohl man sich seit ihren Anfängen der  
fittlichen Notwendigkeit, gerecht zu sein, sehr wohl  
bewußt war. Schon der erste internationale  
Arbeiterkongreß zu Genf (1886) sprach in den von  
ihm beschlossenen Affordations-Satzungen aus, daß alle der  
Arbeiterpartei angehörigen Individuen und Gesellschaften  
„Wahrheit, Recht und Sitte als den Grundstein  
ihres Betragens unter einander und gegen ihre Mitmenschen  
ohne Rücksicht auf Farbe, Befehnis oder Nationalität an-  
erkennen“. Über dieser schönen Theorie entsprach leider nicht  
immer die Praxis, besonders nicht im Punkte des Ver-  
haltens der Genossen gegen einander. Wir  
reden nicht von den Zeiten, wo die Sozialdemokratie noch in  
zwei Parteien gespalten war, die sich gegenseitig heftig  
bekämpften. Wir fassen die Zeit der einheitlichen  
Partei ins Auge. Wie oft hat in diesen drei Jahrzehnten  
die Mahnung, ungerechte, gehässige, persön-  
liche Kampfesweise zu unterlassen, wiederholt  
werden müssen! Auch der Jenaer Parteitag im  
vorigen Jahre hat sie ausgesprochen in einer Resolution:  
„Mit aller Entschiedenheit erhebt der Parteitag Einspruch  
gegen eine gehässige, die persönliche und die  
Partei Ehre von Genossen verletzende Art  
der Diskussion, durch welche auch der Agitation im  
Lande die größten Schwierigkeiten bereitet werden.“

Anlaß zu diesem Beschluß lag vollauf vor. Er hatte  
sich besonders ergeben aus der Art und Weise, wie gewisse  
Genossen und Parteioorgane in der Diskussion der „Vor-  
wärts“-Affäre und der Frage des politischen  
Massenstreiks aufgetreten waren. Aber nach Jena  
würde es trotz dieses Beschlusses nicht besser, sondern eher  
noch schlimmer. Die Genossen, die Bedenken gegen den  
politischen Massenstreik äußerten und der falschen Auslegung  
der dieses äußerste Kampfmittel betreffenden Resolution des  
Jenaer Parteitages entgegenzutreten, erfuhren eine nahezu  
beispiellos dastehende Verunglimpfung von  
seiten der vorgebildeten „rabiaten“ Elemente in der Presse  
und in Versammlungen. Man verhöhnte und beschimpfte  
sie — zum großen Teil Männer, die Jahrzehnte für die  
Partei ihr Leben eingesetzt haben — als „Flaumacher“,  
als „Verbrecher an der Majestät des Volkes“ und wie die  
sonstigen Unbuddiken eines blöden Fanatismus lauten mochten.  
Wir wollen heute nicht darauf eingehen, wie die Entwick-  
lung der Dinge diese „Flaumacher“ gerechtfertigt hat.

Uns kommt es hier darauf an, einem Uebel in der Partei  
entgegenzutreten, das, wenn es weiter steht, verhängnisvoll  
für sie werden kann. Man hat so oft, z. B. auf dem Dresdener  
Parteitag, behauptet, die Partei sei „stark genug“, selbst die  
unliebsamen persönlichen Differenzen und ihren „energisches“  
Ausdruck zu ertragen. Das ist eine sehr bedenkliche Ansicht,  
wenn sie dahin geht, daß es das „gute Recht“ jedes Partei-  
mitgliedes sei, maßlos, in beschimpfenden und beleidigenden  
Ausdrücken über die herzufallen, die nicht seiner Meinung  
sind. Solch ein Benehmen ist immer ein Beweis fittlicher  
und prinzipieller Schwäche, ein unter dem Druck  
des Fanatismus und der Eigenliebe erkänkter  
Rabiatismus, eine Aueßerung demagogischer  
Instinkte.

Wir sind wahrhaftig die letzten, die dem irdischen Ideal  
huldigen könnten, in der Partei dürfe es keine Meinungs-  
gegensätze geben. Wir sehen vielmehr gerade in der  
stetigen Wiederkehr solcher Gegensätze die beste Bestätigung  
des vom alten Liebknecht einmal gesprochenen Wortes:  
„Die Sozialdemokratie ist keine Dogmen-  
partei.“ Sie ist das nie gewesen und hat das ihren  
Grundanschauungen und Bestrebungen nach auch nie sein  
können, obwohl es nicht an der Auffassung einzelner gefehlt  
hat, all die Anschauungen, die sie gerade vertreten, müßten  
unbedingt die dauernde Meinung der Partei und sakrosankt  
sein. Unduldsamkeit mit ihrer unvermeidlichen Be-  
gleiterscheinung, der persönlichen Bekämpfung, hat sich  
in reichem Maße in die Meinungsstreitigkeiten der Partei  
eingemischt und ihrem Ansehen, wie zu ihrer inneren Kräftigung  
wahrlich nicht genützt. Die größten Schreier haben  
da nicht selten den Erfolg auf ihrer Seite gehabt, bis die  
Logik der Tatsachen korrigierend und zurückweisend gegen  
sie sich geltend machte.

Ist es unserer hohen Ideale, unserer großen Prinzipien,  
unserer gewaltigen Aufgaben würdig, daß solch ein Zustand  
fortdauert? Gewiß nicht! Es macht auf jeden, der von diesen  
Idealen, Prinzipien und Aufgaben durchdrungen ist, einen  
tief schmerzlichen Eindruck, besonders wenn er von  
früher Jugend bis in sein Alter ihnen mit Hingabe gedient  
hat, immer wieder mit dem alten Uebel rechnen zu müssen.  
Die Partei hat ein sehr starkes Maß von Erziehungskraft  
bewiesen; sie hat auf Geist und Charakter der Massen  
günstig eingewirkt. In dem hier berührten Punkte jedoch hat  
unsere erzieherische Kraft noch bei weitem nicht die erwünschten  
guten Wirkungen gehabt. Man schneidet sich im Meinungs-  
streit immer noch „moralisch“, die Massen und die Ohren ab,  
bringt sich immer noch gegenseitig „moralisch“ um. Soll  
das so fortgehen? Wir sagen: Es ist die höchste Zeit,  
daß solchem Unwesen ein Ende gemacht wird; daß man  
endlich anfängt, Meinungsdivergenzen ruhig und  
sachlich, ohne in persönliche Gehässigkeit zu  
verfallen, zu diskutieren. Diese Mahnung dürfte hauptsächlich  
in Anbetracht der sehr lebhaften und wohl noch lebhafter  
werdenden Diskussion der Frage „Partei und Gewerks-  
schaften“ am Platz sein. Nicht darum kann und darf es  
sich handeln, Meinungsverschiedenheiten zu verhindern  
und zu unterdrücken. Aber das ist im Interesse der Partei  
und der Arbeiterbewegung notwendig, zu verhindern, daß ihre  
Diskussion den Charakter betrachteter Art annimmt. Und  
zu diesem Zwecke müssen alle, die mit uns denken und fühlen,  
einmütig zusammenstehen, um gegen das Uebel zu  
wirken und eine echte Parteimoral zur Geltung  
in der Praxis zu bringen. Erstes Gebot dieser  
Moral ist, sich von der Ueberzeugung leiten zu lassen, daß  
jeder mit seiner Meinung das Beste der Partei im  
Auge hat, sofern nicht genügende Gründe gegen diese Ueber-  
zeugung sprechen. Da mag man streiten über das und wider  
das, was man für Recht hält. Und der Streit möge  
entschieden werden durch das Gewicht gewissenhaft und sach-  
lich erwogener Gründe und durch die Entwicklung der Tat-  
sachen, die für die Meinung in Betracht kommen. Mahnung  
allein nützt nichts! Es muß Selbsterziehung Maß

greifen, die auf die Ueberwindung jenes Triebes der Selbst-  
sucht sich richtet, der in unbedingtem, fanatischem  
Rechthabenswollen, in persönlicher, gehässiger  
Verlästerung und Verfeinerung des Meinungs-  
gegners, mitunter auch in der Wahrung eines persönlichen  
Sonderinteressenstandpunktes zum Ausdruck kommt. Wenn  
wir schon in unseren Parteileben mit menschlichen Schwächen  
und Unvollkommenheiten zu rechnen haben — wie das ganz  
natürlich ist —, so sollen wir doch all unsere erzieherische  
Kraft daran setzen, sie möglichst zu überwinden.

Wir wissen wohl, es wird Leute geben, die geneigt sind,  
über diese unsere Betrachtung zu spötteln und zu wiseln,  
weil sie selbst sich davon betroffen fühlen. Mögen sie tun,  
was sie nicht lassen können. Wir haben Frauen zu  
der Macht der fittlichen Erwägungen, die vor vierzig Jahren  
der internationale Kongreß in Genua ausgesprochen. Einmal  
werden die Massen der politisch und gewerkschaftlich organi-  
sierten Arbeiterklasse des diesen Erwägungen entgegenstehenden  
Meinungskampfes in der Partei überdrüssig werden  
und das Uebel nicht länger dulden.

Seit wird's, daß das geschieht!

## Gnade und Gerechtigkeit.

In vorstehender Nummer haben wir berichtet über die  
Amnestie, die Wilhelm II. in seiner Eigenschaft als  
König von Preußen anlässlich der Laus eines Entschlusses  
lassen hat. Wir wir zu einem derartigen Akte der Gnade  
stehen, haben wir kurz angedeutet. Wir werden am Schluss  
dieser Betrachtung darauf zurückkommen. Charakteristisch  
ist, daß, nach den Versicherungen der Presse zu schließen, diese  
Amnestie nirgend seinen nennenswerten Ein-  
druck gemacht hat. Selbst die Blätter der reaktionären  
Parteien, die sonst nicht stark und byzantinische Rebe-  
rungen genug finden können, alles ja verheimlichen, was  
von oben kommt, verhalten sich sehr reserviert; sie haben  
den Amnestie-Erlass registriert ohne Kommentar. Die  
„Berliner Volks-Ztg.“ deutet diese Zurückhaltung wohl ganz  
richtig auf dem Gefühl der „gutgesinnten“ Presse, daß sie zu  
überwiegenden Superlativen dieser kleinen Amnestie  
gegenüber keinen Anlaß hat.

Liberalen Blätter bemängeln, daß die Amnestie den  
Kreis von Verurteilten völlig ausschließt, der  
sonst in erster Linie bei derartigen Akten berücksichtigt  
zu werden pflegt: die „politischen Verbrecher“,  
einschließlich der „Preßkämpfer“. Nur die „Majestäts-  
beleidiger“ sind berücksichtigt worden.

Nach allgemeiner liberaler Anschauung hat  
keine Schicht von „Verbrechern“ einen so begründeten An-  
spruch auf die „Korrektur“ ihrer Verurteilungen, wie diese  
Klasse von Verurteilten. Für sie kann das, was als „Gnade“  
eines Monarchen erscheint, im Sinne ausgleichlicher Ge-  
rechtigkeit wirken. Denn sie haben die Handlungen,  
die sie in Konflikt mit dem Strafgesetz brachten, nicht be-  
gangen aus „Lust am Bösen“, nicht aus unehrenhafter Ge-  
sinnung, nicht aus schlechten Motiven. Von äußerst seltenen  
Ausnahmen abgesehen sind diese Verurteilten, mögen sie durch  
die Presse, in Versammlungen oder in sonstiger Be-  
stätigung einer Meinung oder eines Interesses begangen  
worden sein, durchaus guten Motiven entsprungen,  
insbesondere der Absicht, zur Befestigung öffentlicher Miß-  
stände beizutragen; die beabsichtigte oder unterdrückte Gerech-  
tigkeit zu verteidigen, berechnete Interessen zu wahren. Man  
nehme die zahlreichen Prozesse wegen angeblicher Be-  
leidigung von Behörden und Beamten. Solche  
„Beleidigungen“ werden von der Staatsanwaltschaft in der  
Regel in wahrhaft raffiniert juristischer Weise kon-  
struiert, die obrigkeitliche Autorität zu schützen. Fast  
immer hinterlassen solche Prozesse bei jedem vorurteils-  
frei und gerecht Denkenden den Eindruck, daß die Ver-  
urteilten wegen der guten Absicht, die sie das Opfer  
der Justiz hat werden lassen, nicht Zabel und Strafe, sondern  
Anerkennung verdienen. Das trifft besonders auf  
die Preßprozesse zu, die gegen Arbeiterblätter,  
gegen die sozialdemokratische Presse anhängig ge-  
macht werden.

Dasfelbe ist zu sagen von den Prozessen, die die Ver-  
urteilung von Rednern bezwecken, die sich in gewerkschaft-  
lichen und politischen Arbeiterversammlungen strafbar gemacht haben sollen. Und dann die  
sogenannten „Strafverbrecher“. Im Verlaufe  
der Jahre haben wir vieltausendmal die Fälle er-  
lebt, daß Arbeiter für ein unbedachtes Wort, für eine  
im Affekt begangene Handlung gegen „Arbeitswillige“, die  
ihnen im Kampfe in den Rücken fielen, sie wohl gar be-



schimpften und bedrohten, auf Monate ins Gefängnis, ja wohl gar hinter Gittern ins Gefängnis geschickt wurden.

Gegen die für ihre berechtigten Interessen kämpfenden Arbeiter wird in derartigen Prozessen in der Regel eine Klassenjustiz verhängt, ungerechteste Art geübt, um „abschreckende Beispiele“ zu statuieren. Geradezu ungeheuerliche Strafen, die den Charakter tyrannischer Rache haben, werden nicht selten erteilt, so daß das Wort von der „Unparteilichkeit“ und „Gerechtigkeit“ der Justiz als eine leere Phrase erscheinen muß, wenn man mit solchen Urteilen die unmotiviert milde Bestrafung so vieler wirklicher Übeltäter „aus den Kreisen der „Besseren und besten Gesellschaft“ beseitigt.

Die „Berliner Volks-Zig.“ bedauert, daß solche „Gärten der Gerechtigkeit“ nicht auch durch die Amnestie ausgeglichen worden sind. Das ist ein anerkennenswertes Empfinden. Würde die Amnestie auf alle die hier erwähnten Spiegel von politischen „Verbrechen“ ausgedehnt worden sein, wir hätten nichts dagegen einzuwenden. Daß es nicht geschehen ist, haben die für Gnadenakte berufenen Berater der Krone vor der öffentlichen Meinung zu verantworten. Die Beschränkung der Amnestie auf Majestätsbeleidiger zeigt, in welchem Maße der reaktionäre Geist diese Berater beherrscht.

Prinzipiell sind wir nicht Anhänger eines Strafrechtsystems, das zu seiner Korrektur, zur Ausgleichung seiner Härten und Ungerechtigkeiten auf die Gnade des Staatsoberhauptes angewiesen ist. Wir fordern und erstreben die gründliche Reform des Strafrechts und der Strafrechtspflege, wie der Begriff des wahren Rechtsstaates es erfordert. Gerechtigkeit und nicht Gnade ist unser Wahlpruch. Das politische staatliche Unwesen muß überwunden, die Klassenjustiz muß beseitigt werden.

Wenn demnachst im Reichstage die bereits vorbereitete Reform der Strafgesetzbuch in Angriff genommen wird, ist für die sozialdemokratische Fraktion Gelegenheit gegeben, in dieser Richtung energisch zu wirken. Wir sind überzeugt, sie wird dieser Pflicht genügen, wie sie es seither schon bei jeder sich ihr darbietenden Gelegenheit getan hat. Das Rechtsbewußtsein der Massen steht hinter ihr.

Gäbe die Amnestie sich auf alle politischen „Verbrechen“ erstreckt, so würden ganz gewiß die Schärfermacherorgane zittern über „übel angebrachte Milde“. Dieser Sorte „Ordnungspolitiker“ ist die Klassenjustiz gegen die Arbeiterklasse ja noch nicht scharf genug; sie verlangen fanatisch ihre Verschärfung. Insbesondere fordern sie die Verwirklichung der vor einigen Jahren vom Reichstage abgelehnten Justizreformnovelle. Um so mehr hat die Arbeiterklasse zwingende Gründe, mit äußerster Energie die bürgerlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu unterstützen. Wie als wirtschaftliche Macht, so muß sie sich auch als politische Macht betätigen, wobei die Reaktion, für den Fortschritt in Recht und Gerechtigkeit!

### Politische Umschau.

**Wieder ein arbeitsunfähiger Mordmörder!** In Augsburg hat der Maurerpolier und Streikbrecher Benedikt Trieb einen bei ihm im selben Hause wohnenden Bauhandwerker Karl Auf, als sich dieser in bestimmter, aber ruhiger und anständiger Weise verbat, daß Trieb aus geringfügiger Ursache Auf als Mörder beschuldige und mit Umbringen bedrohe, tödlich angefallen und ihn hinterläßt durch drei Stiche in Kopf und Brust lebensgefährlich verletzt. Auf muß ins Krankenhaus gebracht werden. Trieb wurde verhaftet — am anderen Tage aber wieder auf freien Fuß gesetzt!

Was von diesem Schicksal des Unternehmertums noch alles zu erwarten ist, das zeigt sein eigener Auspruch, den er vor kurze Zeit: „Jetzt wird nur noch mit dem Revolver ausgerückt und wenn uns so ein Lump von Streikbrecher nur schlief anfaucht, wird er zusammengehauen wie ein Hund!“

**Das Recht, Streikposten zu stellen,** ist unsern Kollegen in Nürnberg genommen! Erst hatte der Magistrat das Streikpostenverbot. Die bei der Regierung telegraphisch eingeleitete Beschwerde des Gewerkschaftsführers hat die Regierung abgelehnt. Es bleibt also dabei, daß den Nürnbergern Arbeiter ein wichtiger Teil ihres Koalitionsrechts einfach hinweggerafft wird. Eine Begründung hat die Regierung ihrer Entscheidung nicht beigegeben. Willst du ihr noch keine einlegen; sie wird das nachholen, wenn der Streik vorher ist. Wenn der Arbeitgeber für das Baugewerbe über eine taktvolle Zeitung verfügt, so wird er seine nächste Generalversammlung in Nürnberg abhalten; das erfordert schon die Dankbarkeit.

**Gegen den Befähigungsnachweis-Lauf** nimmt jetzt selbst einer der entschiedensten Zünftler und Reaktionsäre, der Abgeordnete Jakobstötter, in der „Freizeitzeitung“, dem extremen Junkerorgan, Stellung:

„Man glaubt, mit dem Befähigungsnachweis — obwohl das immer bestritten wird — die Konkurrenz zu beseitigen oder doch zu verringern und trägt sich mit ganz falschen Vorstellungen über die Wirkungen desselben in der „guten alten Zeit“. Wollte man doch nur etwas Geschichte studieren... Auf dem Handwerks- und Gewerbeamtstag (1905) machten die Freunde des Befähigungsnachweises nicht einmal den Versuch einer sachlichen Begründung oder einer sachlichen Widerlegung der Gegner. Sie glauben, er sei durchführbar, sie glauben, er werde dem Handwerk den erhofften Vorteil bringen, und sie stützen sich auf den Beifall und die Zustimmung der in diesem Sinne beeinflussten und geleiteten Handwerksversammlungen. Selbst das Beispiel Österreichs, wo man jetzt auch noch den Befähigungsnachweis für das Handwerksbetriebe einführen will, wirkt antreibend, weil man die Schattenseiten nicht kennt oder vielleicht nicht sehen will. Sieht man zum Beispiel nur die Berichte über die Tagungen der Gewerkschaftsverbände in Österreich an, so findet man genau dieselben Klagen wie hier, eine ganze Anzahl, für die wir absolut kein Verständnis haben. Von Wien wird unter dem 19. Dezember

1905 berichtet, daß die Dachbeder den Antreiber des Rechts bestritten, „Schorsteine anzufräsen“, weil dieselben über das Dach ragen und diese Arbeit nur von Dachbedern ausgeführt werden dürfe. Die Reinigungsanstalten beschwerten sich, daß ein Antreiber gelegentlich einer Reparatur die „Fassade“ eines Hauses gewaschen hat, das sie nur wie Sackel die Steinmetzmeister wollen nicht leiden, daß Steinbruchbesitzer Treppenhäuser und Mauerwerke durch ihre Arbeiter herstellen lassen. Die Tischler nehmen für sich allein das Recht in Anspruch, gehobelte Fußböden zu legen, welche gelehrt und genutzt sind, während der Zimmermann nur um, aber grobgehobelte einandergepaßte Dielen legen dürfe. Das sollte an Konkurrenzfreiheit leisten aber die Arbeit, Pinsel- und Bürstenmacher. Ein Blindeninstitut bietet für seine ausgebildeten Pflegslinge um die Erlaubnis zum selbständigen Gewerbebetrieb auf Grund ihrer Unfallszeugnisse. Beide Genossenschaften lehnen das Gesuch sehr scharf ab, letztere sogar mit der Bemerkung: „Himweg mit der Humanitätsauflehn!“ Diese Ablehnung gab einem Kammerarzt Veranlassung zu einem Urteil über den Befähigungsnachweis, das mit den Worten schloß:

„Blind zu sein ist das größte Unglück, das einem Menschen passieren kann. Und einem Menschen, der trotz solchem Unglück niemandem zur Last fallen, sondern ein der Gesellschaft nützlich Mitglied sein will, gegenüber zu sagen: Himweg mit der Humanitätsauflehn! Was soll man dazu sagen? Soll er denn hungern, denn man sagt ihm nicht, wie er einen Unterhalt finden soll, da er ja als Gefühls, ebenfalls von niemandem genommen wird. Das ist ein Zustand, viel ärger als der Hunger und die Barbarei des Mittelalters. Es ist unsere Pflicht, auf dieses Entsetzen erregende Beispiel hinzuweisen, welches eine Folge des uns Leben gerufenen Befähigungsnachweises ist. Im Interesse der Förderung des Gewerbes können wir auf diesem Wege nicht folgen. Denn in diesem Beispiel gewahren wir die wahre Gestalt des Befähigungsnachweises!“

Dabei hat Österreich bekanntlich noch nicht einmal den eigentlichen Befähigungsnachweis, sondern nur einen sogenannten Verwendungsbescheinigung!

Jakobstötter fährt fort: „Auch der Befähigungsnachweis für das Baugewerbe ist im Reichstage in diesem Jahre eingehend geprüft und von der Kommission für den Gesetzentwurf zum Schutze der Bauhandwerker in aller Stille beibehalten worden, nachdem der Staatssekretär des Innern namens der verbündeten Regierungen entschieden Nein gesagt hatte. Dieses Nein der Regierung ist für die Kommissionsmitglieder gewiß nicht ausschlaggebend gewesen und wird ebenso wenig die Handwerker beeinflussen, wohl aber muß man wünschen, daß endlich die Gründe der Erfahrung den Sieg erringen und nicht einem Phantom weiter nachgegeben wird, dessen Verwirklichung die aller-schwersten Tausungen im Gefolge haben würde.“

Alles das ist von den Antizipanten im Parlament und in der Presse — sehr ausgiebig auch in unserm Blatte — vor weiß wie oft dargelegt worden. Reicht fangen auch extreme Zünftler an, den Befähigungsnachweis-Summbung zu begreifen.

**Der Einfluß der Unternehmerorganisation auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses** soll nach den langjährigen Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten sich immer mehr geltend machen. Eine Berliner Korrespondenz schreibt darüber:

„Während in den früheren Berichten über die Tätigkeit der Arbeitgeberorganisationen fast gar nichts zu melden war, sind jetzt die Gewerbeaufsichtsbeamten schon vielfach in der Lage, wenn sie von Schritten der Arbeitgeberorganisationen Kenntnis geben, gleichzeitig solche der Arbeitgebervereinigungen zu erwähnen. Und diese Tätigkeit der Arbeitgebervereinigungen wird immer größer werden, denn wie aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten weiter hervorgeht, entstehen gerade infolge des Vorgehens und infolge des Aufstehens ungerechtfertigter Forderungen der Arbeitgeberorganisationen Zusammenstöße der Arbeitgeber zur Abwehr der Angriffe auf ihre Position. Es zeigt sich auch hier, daß Druck Gegenruck erzeugt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeitgeber ist durch die stetigen Angriffe der Arbeiter immer stärker geworden. Die Gewerbeaufsichtsbeamten berichten bereits davon, daß Arbeitgeberverbände einschließende Unternehmen verwandter Berufe, die nicht organisiert sind, im Kampfe gegen ihre Arbeiter unterstützen. Dadurch ist vielfach erzielt worden, daß auch alleinlebende Unternehmer ungerechtfertigte Forderungen der Arbeiter mit Erfolg haben zurückweisen können. Das Zusammengehörigkeitsgefühl zeigt sich auch darin, daß während früher von Seiten der Arbeitgeber besetzte Betriebe allein gelassen wurden, jetzt Solidaritätsversicherungen mit solchen Betrieben nichts Seltenes mehr sind. Es macht sich also in der Arbeitgeberorganisation immer mehr die Überzeugung geltend, daß nur das festeste Zusammenhalten untereinander gegen die Arbeitgeberorganisationen auskommen kann. Einzelne derartige Beschränkungen sich aber die Arbeitgeberorganisationen nicht auf die Durchführung der ihnen von den Arbeitern aufgetragenen Kampfe. Es wird auch mehrfach berichtet, daß Arbeitgeberorganisationen, wo tatsächlich Mißstände vorliegen, Einigungsverhandlungen mit den Arbeitern zur Aufhebung der Forderungen beginnen und zu einem guten Ende führen. Auch das ist ein Zeichen der Einigung, für die Arbeiter werden von solchen Arbeitgeberverbänden eingerichtet, beidseitige Arbeitsnachweise. Schließlich soll noch erwähnt werden, daß durch die Verbände auch die Forderung der Gewerbeaufsichtsbeamten mit den Arbeitgebern immer zu werden scheint. Manche dieser Verbände geben zu bestimmten Sitzungen Aufsichtsbereitungen zu, andere lassen in ihren Beratern von diesen Beamten Vorträge über ihre Verpflichtungen im Arbeitsverhältnis halten und so die Arbeiter noch vielfach zu befragenden Anknüpfung auf diesem Gebiete beteiligen.“

Es ist lächerlich, zu behaupten, daß die Unternehmer durch unberechtigte Forderungen der Arbeiter zum Zusammenstoß gebracht werden. Als ob sie jemals irgendwelche Forderungen als berechtigt anerkannt hätten. Für sie sind ohne weiteres alle Forderungen unberechtigt, mit denen die Arbeiter herzutreten. Obige Korrespondenz wird

komisch auf jeden, der weiß, daß das Unternehmertum den Arbeitern und ihren Organisationen gegenüber stets auf seine „Autorität“ und sein „Recht“ gepöhl hat, böllig willfährig und einseitig die Arbeitsbedingungen festzusetzen. Dazu sollen auch die „Befähigungsnachweise“ und die in Arbeiterkreisen als Mächtigkeitsbureau berüchtigten „Arbeitsnachweise“ dienen. Und gerade diese triviale Annahme, die Arbeiter wie Elenden zu behandeln, hat den Kampf zwischen Arbeit und Kapital so sehr verschärft. Der Korrespondenz nach könnte ein Unwissender glauben, die Unternehmer hätten endlich angefangen, sich einer unerträglichen Tyrannei der Arbeiterorganisationen zu erwehren. Freilich, an Organisation und Solidarität haben sie gewonnen. Das ist unleugbar und sollte für die Arbeiter eine Mahnung sein, auch ihre Organisation immer mehr zur Eufaltung und Erhaltung zu bringen.

**Die Umgestaltung der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung,** vor allem ihre Vereinheitlichung, die von allen einschlägigen Sozialpolitikern so lange schon ersehnt wird, dürfte sobald nicht erfolgen. Offiziell wird geschrieben:

„Durch einige Blätter geht ein etwas sonderbarer Artikel über die demnachst zu erwartende Umgestaltung der staatlichen Arbeiterversicherung. Es wird darin von einem Aus- und Umbau der Gesetzgebung gesprochen, als handelte es sich um eine völlige Neugestaltung des materiellen Arbeiterversicherungsrechts. Davon ist doch keine Rede. Es würde auch recht auffällig sein, wenn, nachdem erst vor einigen Jahren die großen Reformen in der Unfall- und in der Invalidenversicherung ausgeführt sind, jetzt schon wieder in diesen Versicherungszweigen materielle Umwälzungen vorgenommen werden müßten. Die Änderungen materieller Natur, die geplant sind, beschränken sich auf die Krankenversicherung. Hier allerdings hat man schon lange vor, Erweiterungen der Versicherungspflicht vorzunehmen und letztere auf die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Dienstboten, die Seimarbeiter usw. auszuweiten. Man hat auch daran gedacht, diese Reformen vorweg zu nehmen, ehe man an die gesamte Arbeiterversicherung abgelebte Revision herangeht. Die letztere Revision wird gewiß auch geplant, sie bezieht sich aber nicht auf das materielle, sondern auf das formale Recht und hat sich eine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsorganisation zum Ziele gesetzt. Wenn sie soweit gefördert sein wird, daß ein Gesetzentwurf an den Bundesrat gebracht werden kann, ist jetzt noch nicht abzusehen. Graf Posadowsky hat einst im Reichstage gesagt, man möchte den Entwurf nicht vor dem Jahre 1907 erwarten. Man wird deshalb noch Geduld haben müssen. Ob der Entwurf, der die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsorganisation enthält, vor der Einreichung beim Bundesrat veröffentlicht werden wird, ist recht zweifelhaft, weil es sich dabei um politische Fragen handelt, deren vorzeitige Erörterung dem Gelingen des Werkes kaum dienlich sein könnte. Jedenfalls wird man sich über diese Frage schließlich früher entscheiden, als der Entwurf tatsächlich ausgearbeitet ist. Was schließlich noch auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, sonst geplant wird, ist die Schaffung der Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter. Als Termin für den Abschluß der Arbeiten an diesem Werke nennt das Statistisches Reichsbureau das Jahr 1910. Demgemäß hat es mit der Ausführung dieser Arbeit noch etwas zu tun, und es ist auch gut, daß man damit wartet, damit überhaupt erkannt werden kann, auf welchen Betrag man etwa jährlich aus einzelnen landwirtschaftlichen Böden zwecks Beirückung der Kosten der neuen staatlichen Versicherung rechnen kann. Hier die Grundzüge des neuen Versicherungsbauwerks zu veröffentlichen, ehe die Gesetzgebungsmaßnahme in Tätigkeit gesetzt wird, dürfte sich, namentlich nach dem Vorbilde bei der Invalidenversicherung, schon eher empfehlen.“

Ja, ja: es hat noch etwas Zeit! Bei uns in Deutschland hat alles Zeit, was die Interessen der Arbeiter angeht. Vorgebildet marschieren wir an der „Spitze der Sozialreform“. Aber die Marschmelodie ist: „Immer langsam voran!“

### Die deutsche Krankenversicherung im Jahre 1904.

Nach den amtlichen Berichten waren im Jahre 1904 im Deutschen Reich insgesamt durchschnittlich 10,7 Millionen Personen in 23 193 Kassen versichert. Und zwar in 8513 Gemeindekrankenversicherungen 1,1 Millionen, in 4709 Ortskrankenversicherungen 5,4 Millionen, in 7895 Betriebskrankenversicherungen 2,4 Millionen, in 46 Baukrankenversicherungen 22 712, in 681 Innungskrankenversicherungen 249 064, in 1380 eingeschriebenen Hilfskassen 853 897, in 170 Landesrechtlichen Hilfskassen 37 774 Personen. Die Zahl der Kassen ist im allgemeinen um 78 gegen 1903 zurückgegangen.

An der Abnahme sind die Hilfs- und Landesrechtlichen Hilfskassen mit 66 bzw. 34 Kassen mit 3300 bzw. 4000 Mitgliedern beteiligt. Die Gemeindekrankenversicherung weist einen Rückgang von 35 Kassen auf, sie hat indessen 16 000 Versicherte mehr als im Vorjahre.

Überhaupt ist die Zahl der Versicherten gegen 1903 um 486 423 gestiegen. Dieron entfallen allein auf die Ortskrankenversicherung 363 000 Mitglieder.

Der Zahl nach steht die Gemeindekrankenversicherung an erster, die Betriebskrankenversicherung an zweiter, und erst an dritter Stelle stehen die Ortskrankenversicherungen.

Nach der Mitgliederzahl indessen stehen die Ortskassen mit ihren 5,4 Millionen Versicherten an erster Stelle, denen die Betriebskrankenversicherungen mit 2,4 Millionen Versicherten und erst an dritter Stelle, die Gemeindeversicherung (1,1 Millionen Versicherte) folgen.

Durchschnittlich hat jede Ortskrankenversicherung 1184, jede Betriebskrankenversicherung 850 und jede Gemeindekrankenversicherung nur 178 Mitglieder. Bei allen Kassen betrug die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle 1,1 Millionen mit 887, Millionen Krankheitsfällen. Auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 0,39 Erkrankungsfälle und 7,77 entschädigte Krankheitsstage; das Maximum findet sich bei den Baukrankenversicherungen, bei denen auf ein Mitglied 7,76 Erkrankungsfälle, 12,81 Krankheitsstage und 29,15 Kosten entfallen; das Minimum weist die Gemeindeversicherung



zung auf mit 0,26 Erkrankungsfällen, 524 Krankheitsstagen und 10,99 Kosten pro Mitglied.

Die ordentlichen Einnahmen aller Klassen betragen 240 Millionen Mark, von denen 2804 Millionen auf Beiträge und Eintrittsgelder entfallen. Die Ausgaben (Krankheitskosten, Erhaltungskosten usw.) betragen sich auf 234 Millionen, und zwar entfielen auf ärztliche Behandlung 4,8 Millionen, Arzneien und sonstige Heilmittel 32,1 Millionen, Krankengelder 95,8 Millionen, Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung 4,8 Millionen, Sterbegelder 6 Millionen, Krankenanstalten 27,7 Millionen, Refordalesen 0,15 Millionen, zusammen 213,9 Millionen Mark. Die Krankenkosten pro Mitglied stiegen; 1903 betragen sie 17,69, 1904 bereits 19,97 pro Mitglied.

Die Verwaltungskosten abzüglich derjenigen für Invalidenversicherung betrugen 13 596 490, pro Mitglied durchschnittlich: bei den Ortskrankenkassen 1,96, bei den Innungskrankenkassen 2,21, bei den eingetragenen Hilfskassen 2,24. Bei den Betriebs- und Baukrankenkassen, ebenso bei der Gemeindefrankenversicherung sind die Verwaltungskosten nicht angegeben, da sie im letzteren Falle ausschließlich von dem Betriebsunternehmer und im letzteren Falle von der Gemeinde getragen werden. Man sucht denn auch bei der Neugründung von Betriebskrankenkassen die Kapitalerhaltung besonders damit mündig zu machen, daß diese Klassen mehr leisten können, da sie keine Verwaltungskosten haben. Bei allen Klassen überhaupt betragen die Verwaltungskosten pro Mitglied daher nur 1,27.

Als ein erfreulicher Fortschritt ist das weitere Wachsen der Mitgliederzahl der so vielgeschmähten Ortskrankenkassen zu begrüßen. Insofern nicht nur infolge ihrer Mitgliederzahl stehen die Ortskrankenkassen an erster Stelle, sondern auch ihre Leistungen gegen den anderen Krankenversicherung.

Zu wünschen wäre nur, daß sich die Ortsklassen in den einzelnen Städten zu einer gemeinsamen Ortskrankenkasse vereinigen wollten, um dadurch die Leistungsfähigkeit der Klasse zu steigern und die Einheitlichkeit in der Krankenversicherung herbeizuführen. In Berlin freilich scheint es fast, daß die 55 Ortskrankenkassen von den anderen Klassenarten gar nicht zu reden, sich nicht zentralisieren dürfen — hier soll anscheinend das System der Kapitalerhaltung gefördert werden — da man an maßgebender Stelle die Zentralisation mit Rücksicht auf die hohe Mitgliederzahl ablehnt. Diese Engstirnigkeit der Anschauung ist zweifellos auf andere Einflüsse zurückzuführen. Insofern auch hier wird die organisierte Arbeiterkraft Berlins nachhelfen müssen, damit die Zentralisation der Berliner Ortskrankenkassen zur Tat wird.

Die Buntfärberei haben sich auf dem in Nürnberg abgehaltenen 7. Deutschen Handwerks- und Gewerbetag wieder einmal recht breit gemacht, insbesondere zu Gunsten des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe. Annahme fand folgende Resolution:

Der Gesandtenrat betreffend die Verringerung der Gewerbeordnung (Befähigung von Hilfskräften im Baugewerbe) entspricht nicht den Forderungen des bayerischen Bauhandwerks, wie sie in den Beschlüssen des Münchner Handwerks- und Gewerbetages vom Jahre 1905 niedergelegt sind. Der deutsche Handwerks- und Gewerbetag in Nürnberg erneuert den Beschluß der Münchner Tagung, nach welchem dem erheblichen Minderwert im Baugewerbe nur durch Einführung des Befähigungsnachweises auszugleichen geklärt werden kann. Der Handwerks- und Gewerbetag erkennt aber in dem Entwurf einer harten und strengen Regelung der verbindlichen Bestimmungen, der vorhandenen Minderheiten auf andere Weise abzugeben. Der Handwerks- und Gewerbetag hält daher die Annahme des Entwurfs in der durch die 11. Reichstagskommission gegebenen Form, die wesentliche Verbesserungen in sich schließt, für wünschenswert. Der von derselben Kommission angenommenen Resolution, welche die schärfste Einführung des sogenannten kleinen Befähigungsnachweises für das deutsche Handwerk fordert, stimmt der Tagung, zu, in der bestimmten Erwartung, daß die verbindlichen Bestimmungen schon in der nächsten Tagung dem Reichstags einen entsprechenden Entwurf vorlegen werden.

Während Graf Pofadowsky, der Staatssekretär des Reichsanwalts des Innern, in der Lage ist, Arbeiterkongresse durch einen Vertreter zu befehlen, hatte sich natürlich ein solcher bei den verschiedenen Buntfärbereien in Nürnberg eingefunden. Er gab folgende Erklärung ab: „Es ist nicht üblich, daß sich ein Regierungsvorsteher über die künftige Gestaltung einer Vorlage äußert, bevor nicht die maßgebenden Stellen gesprochen haben. Aber mein hoher Chef hat ja bereits erklärt, daß er für den kleinen Befähigungsnachweis einzutreten bereit sei. Ohne Indiskretion kann ich Ihnen mitteilen, daß Sie mit der Erklärung, die der Staatssekretär des Reichstages abgegeben wird, zufrieden sein werden. Die Bestätigung, daß der kleine Befähigungsnachweis lediglich für das Baugewerbe eingeführt werden wird, ist nicht zureichend.“

Die Herren Buntfärberei waren von dieser Erklärung natürlich höchlich erbaud und spendeten ihr lebhaften Beifall. Unter dem kleinen Befähigungsnachweis ist zu verstehen, daß nur solche, die eine Meisterprüfung bestanden haben, solchen Lehrlinge halten dürfen. Die Herren beschloffen dann, gegen den von der Kommission zur Verringerung der Gewerbeordnung angenommenen Antrag der Abgeordneten Dr. Glöck, Zimmermann und Dr. Dahlen, betreffend Ausübung der Baukontrolle durch Gewerbeinspektoren unter Einwirkung gewählter Bauarbeiter, in ihrer Eingabe an Bundesrat und Reichstag mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen.

Der Referent, der Vorsitzende der Dortmunder Handwerkskammer, Seine, führte hierzu aus: „Die beschlossene Ausübung der Baukontrolle bedeutet einen Bruch mit der bisherigen Unfallversicherung. Der Gesandtenrat zweifelt, daß künftigen Bauinspektoren in Verbindung mit Bauarbeitern die Kontrolle auf den Bauten ausüben sollen. Diese Bestimmung sei unüberwindlich und unannehmbar, weil den Bauinspektoren und den Bauarbeitern die nötige Sachkunde fehle. Den Arbeitern fehle auch

die Kenntnis der Baubestimmungen. Es sei schwer verständlich, wie man auf die Idee der Heranziehung der Bauarbeiter zur Kontrolle kommen konnte. Die Einführung der Baukontrolle nach den Beschlüssen der Reichstagskommission würde aber auch gar keine sichere Unfallversicherung bringen; dagegen würde sofort nach ihrer Einführung eine umfassende sozialdemokratische Agitation auf den Baustellen einsetzen, und diesem Treiben würden die Arbeitgeber ganz machtlos gegenüberstehen. Selbst die bisher ordentlichen Arbeiter, die Polizei und die ruhigen Gesellen würden von dieser Art Leute dann befehligt werden: Aus den Verhandlungen der Kommission gehe hervor, daß der Regierungsvorsteher ganz entschieden gegen die Heranziehung der Arbeiter zur Baukontrolle sich ausgesprochen habe, und zwar aus derselben Erwägung, daß nur die sozialdemokratische Agitation in die Baustellen getragen würde. Aus den Verhandlungen der Kommission gehe aber ebenfalls hervor, daß die Vertreter der süddeutschen Regierungen nicht diesen Standpunkt geteilt haben. Deshalb habe der Handwerks- und Gewerbetag die Pflicht, rechtzeitig dagegen Sturm zu laufen.“

Gesamtlich fallen die verbindlichen Bestimmungen vor diesem Sturm nicht um.

Die katholischen Arbeiter fangen auch in Bayern an, dem Zentrum bedenklich und unheimlich zu werden. Dieser Lage wurde in bayerischen Zentrumsblättern mitgeteilt, daß gelegentlich des Delegiertenkongresses der katholischen Arbeitervereine in Erlangen eine vertrauliche Bepredung stattgefunden und dabei Einigkeit darüber erzielt habe, daß sechs Mandate für die Arbeitervertreter von der Zentrumspartei für die nächsten Landtagswahlen in Bayern verlangt werden müßten. Diese Mitteilung war in eine Form gekleidet, die fast eine bedingungslose Zustimmung ähnlich sah. Nun kommt aber der Herrschaft „Bayer. Kurier“ und findet das oben gemeldete Ergebnis der Erlanger Bepredung in seiner Form sehr merkwürdig. Die Arbeiterorganisationen könnten ja in den einzelnen Wahlkreisen für die Aufstellung von Arbeiterkandidaturen wirken, aber von der Zentralparteileitung die Unterbringung der sechs Mandaturen zu verlangen, sei „der allerberühmteste Weg“.

Das Zentrumorgan schreibt weiter: „Wir möchten bloß warnen vor allen lebensgefährlichen Erörterungen dieser Frage. Das Zentrum hat nun einmal in Bayern seine stärksten Wurzeln auf dem Lande und nicht in den Industriestädten. Daraus ergibt sich die Schwierigkeit der reinen Arbeiterkandidaturen. In glücklicher, ruhiger Aussprache werden die Schwierigkeiten zu beseitigen sein, nicht aber durch mehr oder weniger verbündete Drohungen von der einen oder anderen Seite. Sonst wird nur gegenseitige Erbitterung erzeugt zum Schaden aller. Also ruhig Blut! allerseits ist erste Wählerpflicht. Die Sozialwahlkomitees aber müssen Sorge tragen, daß die Arbeiterorganisationen in ihnen in ausreichender Stärke vertreten sind. Dann ergibt sich das andere alles von selbst in schärfster Einigkeit und Harmonie.“

Na, diese ideale Harmonie wird sicher in die Brüche gehen, wenn die katholischen Arbeiter auf ihrem Verlangen bestehen und der schwarzen Sippschaft befehligen machen, daß sie nicht gewillt sind, von ihr als Stimmvieh sich gebrauchen zu lassen.

Arbeitermorde auch in Ungarn! Wo alles gegen freilebende Arbeiter wütet, kann Ungarn allein nicht neutral bleiben. Die Zeitungen berichten über eine wahrhaft bestialische Mordtat. Danach hat der Oberbürgermeister dieses Reichs die Militär aufgeführt, die Straßenden, die sich sonst ganz ruhig verhielten, durch einen „Abzug“ einzuschießen. Die requirierte Mannschaft des 2. Jägerbataillons gab auf die dicke Menge eine Salve ab und machte dann einen Bajonettangriff. Vier Tote und sieben Schwerverwundete wälzten sich auf dem Asphalt. 175 Personen wurden leicht verwundet und flüchteten zum Teil mit der eilend anlaufenden fliehenden Masse. Von den Schwerverwundeten ringen einige mit dem Tode. Die „glorreiche Schlacht“ gegen unbewaffnete Proletarier war glänzend durchgeführt.

Es handelt sich hier um eine ganz besonders erbärmlich entlohnende Arbeiterarbeit, die durch die Not gezwungen zum letzten Mittel, zum Ausstand, griff. Ihr Hunger wird mit blauen Bohnen gestillt! Fast wie bei uns.

## Mauwerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

##### Hansestädte:

Cuxhaven (Streik);

##### Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hamdingen);

##### Mecklenburg:

Silz (Sperre über Holldorf), Laage (Sperre über Korf), Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Scharf);

##### Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik);

Gollnow (Sperre über H. Schüttler), Demmin, Großsied (Aussperrungen);

##### Ost- und Westpreußen:

Könitz (Aussperrung), Kemel, Braunsberg (Streiks);

##### Schlesien:

Görlitz (Streik);

##### Posen:

Rawitsch (Sperre über Pustal);

##### Brandenburg:

Beitz (Streik), Trebitz (Sperre über Hamann), Finsterswalde (Differenzen), Alt-Carbe (mehrere Sperren), Cöpenick (Sperre über Schulze und Schröder aus Hannover), Spandau (Sperre über Jakowka), Wittenberge (Massregelung);

### Provinz Sachsen und Anhalt:

Gerdelegen (Streik), Bernburg, Zeitz (Aussperrungen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt), Barby (Zimmererstreik), Qüdnern (Sperre über Freymuth & Sohn), Dessau (Sperre über Lüdke);

### Königreich Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteile, Otto Dietze in Wahren, Hallescheschiffbau, F. Bieher in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigerstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steyskal und Seifert in Möckern, Sohrstrasse, für Rabitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Wurzen (Sperre über Lehmann in Pichau), Hirschberg, Reichenau (Aussperrungen), Grossschärdorf, Reichenbach i. V., Freiberg, Mylau, Netzschkau (Streiks), Limbach (mehrere Sperren), Plauen (Sperre über Männel), Penig (Sperre über Hollriegel und Zöllner);

### Hannover, Oldenburg und Lippe:

Emden, Münden (Zimmererstreiks), Jork-Estobridge (Sperre über den Neubau Haidler in Crons a. d. Elbe), Lüneburg (Streik), Uelzen (Aussperrung);

### Braunschweig:

Schöningen (Aussperrung), Braunschweig (Streik), Harzburg (Differenzen);

### Thüringen:

Gera (Sperre über Hirsch), Gotha (Streik), Sonneberg (Sperre über Schmidt), Rudolstadt (Sperre über Fischer), Jena (Sperre in dem Universitätsneubau);

### Rheinprovinz:

Vöhrwinkel, Ratingen, Neunkirchen-Wiehelskirchen, Friedrichstal, Kirm a. d. Nahe (Streiks), Köln (mit Aussperrung bedroht), Opladen (mehrere Sperren), Neiges (Sperren über Gerharts und Hasemann);

### Westfalen:

Siegen (ganzes Siegetal) (Aussperrungen), Schwelm (Streik);

### Bayern:

Nürnberg-Fürth (Aussperrung), Bayreuth, Burglarnbach, Landshut, Augsburg (Streiks);

### Hessen:

Borsdorf, Dillenburg, Weilburg (Streiks), Hoppenheim (Sperren über Herschel und Held), Baudenbach bei Hoppenheim (Sperre über Horst), Frankfurt (Sperren über die Kaminbaufirma Hof), Wiesbaden (Sperre über Denz);

### Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Colmar, Hasloch (Streiks), Metz (Sperre), Schwetzingen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Mundenheim (Sperre über Fabrik Giulini), Rheingönheim (Sperre über Scherf), Singen (Sperren über Schmal und Schweizer), Philippsburg (Sperre über Gebr. Gillier);

### Württemberg:

Stuttgart (Gipsstreik), Heilbronn (Sperre über Koch & Maier).

### Fliesenleger:

Nürnberg (Sperre über Ayerle), Wanne (Sperre über Zwischenmeister G. Siebert), Gelsenkirchen (Differenzen);

### Oesterreich:

Waidorf i. Böhmen (Streik);

### Schweiz:

Zürich, Lausanne, Neuchâtel, Kreuzlingen (Streiks).

### Maurer werden gesucht nach Köln (68 A), Opladen (68 A), Elberfeld-Barmen (63 A), Remscheid (63 A) und Solingen (64 A), Essen (Melbung im Verbandsbureau Straßstraße 18), Düsseldorf.

### Gau München:

In Augsburg kämpfen die Kollegen untergeordnet und sie haben auch absolut keinen Grund dazu, mühsam zu sein. Nach den Nachrichten, die die Unternehmer freilich ins Land hinausschleusen, sollte man meinen, sie hätten die Wirkung des Streiks gar nicht mehr. Die wirtliche Lage ergibt sich aus folgenden Ziffern: Vor dem Streik waren in Augsburg 1067 Gesellen beschäftigt. Davon legten 963 die Arbeit nieder. Es blieben also 104 Gesellen und außerdem noch 90 Polieristen stehen. Von den Streikenden sind im ganzen 63 so genannten Arbeitswilligen geblieben; von auswärtigen ist den Unternehmern keine Hilfe gekommen, so daß also 183 Gesellen die Bauten besetzt haben. Diese können natürlich nicht die Arbeit bewältigen, die früher von den 1067 geleistet ward. Dazu kommt, daß es der von den Streikenden organisierten „Sturmkommission“ fortwährend gelingt, einzelne „Arbeitswillige“ von den Bauten fern zu halten. Schon manche Entwürfe der Unternehmer ist ihnen durch diese Kollegen abgelehnt worden. Es versteht sich am Rande, daß die Streikbrecher zum größten Teile höchst unbedeutende Arbeitskräfte sind. Das müssen sogar die Unternehmer anerkennen; denn einer sagte zu seinen Arbeitswilligen: „Wenn Ihr was Gesellisches wärt, so würdet Ihr bei den Streikenden sein.“ Für manchen Unternehmer wird die Lage immer verzweifelter. Die schönen hohen Summen, die sie sonst aus den Maurerkassen herausholten, sind nun natürlich flüchtig gegangen. Wie überaus hoch die Profite mancher Unternehmer gewesen sind, zeigt folgender Bericht, der uns von Augsburg zugeht:

In einem bayerischen Kloster arbeitete ein Maurer an einer Regiearbeit zu einem Tagelohn von 1 A. 40. An



täglich eines Gesprächs mit dem Hausmeister dieser Anstalt, äußerte sich letzterer einmal, daß es ihn wundere, daß bei den „schönen Dörfern“ die Maurer in den Ausstand treten; denn ein Lohn von täglich 7 f sei doch beachtlich, was man damit auskommen könne. Diese Erklärung des Hausmeisters bewirkt, daß der Maurer auf diese Erklärung hin ebenfalls die Arbeit verließ und sich den Streikenden anschloß, da er sich fragte, wenn der Meister an einem einzigen Arbeiter jeden Tag 2 2/4 verdient, so ist er sehr wohl im Stande, den Maurern die paar lumpigen Pfennige Lohnherhöhung zu geben. Dieses Verhalten, das diesem Maurermeister beliebt, ist bei allen seinen Kollegen mehr oder minder üblich.

Die Zeiten solchen goldenen Segens sind freilich nun endgültig vorüber. Bei vielen Firmen äußern sich die Wirkungen des Streiks in peinlichen Geldklemmen. An einem einzigen Tage, dem 30. August, ergingen Verurteilungsurteile in Beschlägen an der Handelskammer: gegen Baugeschäftsinhaberin Maria Müller im Betrage von 1 553, gegen den Bauunternehmer Matthias Hum über vier Beschläge à 500 = 2000, gegen Baumeister Anton Enbiero auf Beträge von 200 und 150, gegen Baumeister Martin Krüger auf 1030 Beschläge. Eine weitere gegen Unternehmer Karl König gerichtete Klage wurde auf den 5. September vertagt. Das sind Angaben, die den Streikenden zeigen, daß es bei dem Unternehmertum schon ganz bedeutend wackelt. Die Streikenden sind darum auch guten Muts, sie gehen auch lächelnd darüber zur Tagesordnung, daß die große Preßflotte der bayerischen Schachmacher, genannt „Augsburger Allgemeine Zeitung“, sie anpöbelt, indem sie die Streikenden als Faulenzer beschimpft. Dies Blatt nennt sich „liberal“. Es beweist damit, daß sich die nichtswürdige Niedertracht des deutschen „Liberalismus“ von Rassialis. Zeiten bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Ein Vorurteil verdient noch erwähnt zu werden. An einem der letzten Abende entstand an der Werkschleife ein Aufruhr. Ein freilebender Maurer wurde von einem „Arbeitswilligen“ in an und für sich nicht großer Weise angegriffen. Sofort sammelte sich um diese beiden eine größere Menschenmenge. Auch die Zahl der ausländischen Maurer hatte sich nach und nach auf ungefähr acht Mann angestammelt; diese zogen sich jedoch sofort in die ruhmvollste Wirtschaft zurück, die angesammelte Menge fruchtlos zum Auseinandergehen aufforderte. Diese konnte sich noch circa 15 Minuten lang gegenständig an. Die Polizei ersuchte des öfteren um Auseinandergehen, doch benahm sie sich vollständig neutral und besonnen. Nur einer der Schutzgeister äußerte sich prophetisch dahin: In Nürnberg endet der Streik und in Augsburg wird er beginnen.

Kollegen, wir fordern Euch dringend auf, unterlaßt alles, was zu ähnlichen Gräueltaten führen könnte. Wir wollen unseren ersten Kampf, den wir fürs Recht und fürs Brot führen, nicht mit solchen Gräueltaten befechten. Unsere Waffe ist der Streik, nicht der Aufruhr und nicht der Straßenlärm. Damit wäre nur einem gebietet: dem Unternehmertum! Es wartet vielleicht mit Schmach und Schande, daß Arbeiterblut vergossen wird, um seine Nachgelüste daran zu befriedigen. Den Gefallen dürft ihr ihm nicht tun. Und auch an unsere Freunde in der übrigen Arbeitererschaft wenden wir uns mit der dringenden Bitte, alles zu unterlassen, wodurch derartige herbeigeführt werden könnte. Dahin gehören vor allem die Ansammlungen, die Aufmärsche. Man kann uns die Sympathie auf andere Weise bekunden. Mit allem, was aus dem Rahmen der vollen Gesellschaft herausfällt, leistet man uns einen schlechten Dienst. Für die Streikenden aber gilt in diesem Kampfe das Wort: Wer ausartet, wird gekört.

In Landskron haben die gepflogenen Verhandlungen kein annehmbares Resultat ergeben. Die Unternehmer boten 35—43 Schillingen. Hätten sie einen Mindestlohn von 43 Schillingen und für Invalide und Junggeleitene einen solchen von 35 Schillingen, so wäre der Kampf beendet worden; auf dies Angebot konnten die Streikenden jedoch nicht eingehen.

**Gau Nürnberg.** In Wahrheit ist in der letzten Woche eine Veränderung eingetreten, indem die fünf Streikbrecher am Farnseimneubau nebst den Hilfsarbeitern die Arbeit eingestellt haben. Im übrigen ist der Stand des Streiks der gleiche wie in unserem letzten Bericht angegeben.

In Bad Rissingen geht am 1. Oktober die Wadesaison zu Ende, zu welcher Zeit dann die Baufortschritte beginnen. Da dort die Unternehmer im vorigen Jahre gelegentlich einer Unterhandlung, für dieses Jahr eine Lohnherhöhung zugesprochen hatten, so haben sich unsere Kollegen rechtzeitig mit einem diebezüglichen Antrag an sie gewandt. In der letzten Woche haben auch bereits Verhandlungen stattgefunden, wobei die Unternehmer einen Durchschnittslohn von 38 Schillingen pro Stunde zugesprochen haben, so daß der gegenwärtige Lohn etwa um 2 Schillingen pro Stunde erhöht wurde. Unsere Kollegen fordern aber einen Mindestlohn von 42 Schillingen pro Stunde. Eine Versammlung der dortigen Mitglieder hat beschlossen, um ein Entgegenkommen zu zeigen, solle der Einheitslohn jetzt 38 Schillingen und im nächsten Jahre 40 Schillingen betragen. Ueber diese Vorschläge wird in den nächsten Tagen wieder eine Unterhandlung stattfinden; ob sie aber zu einem friedlichen Abschlusse führen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Auf alle Fälle werden aber jene Kollegen, die gewöhnlich im Herbst ihre Zuflucht nach Rissingen nehmen, die Dinge besser abzuwickeln haben.

Im Aussprengungsgebiet Nürnberg-Güßb. hat sich in der letzten Woche eine Veränderung in der Situation nicht ergeben. Die Zahl der Streikbrecher ist trotz des Verbotes des Streikpotentials um sechs geringer geworden. Sie betrug im ganzen Gebiete in der letzten Woche 197. Diese Zahl wird sich aber in den nächsten Wochen um ein Bedeutendes reduzieren, denn viele dieser Streikbrecher sind Baupraktikanten, die nächsten Aufnahme in der Baugewerkschule finden. Leider muß berichtet werden, daß sich in der letzten Woche einige Maurer aus Schillingenfeld von den Unternehmern haben anwerben lassen, worunter sich sogar einige Verbandsmitglieder des neuangebildeten Zweigvereins befinden. Mit diesen werden die dortigen Kollegen aber sofort aufzuklären. Die in unserem letzten Bericht angedeuteten Unterhandlungen haben bisher noch nicht stattgefunden. Jedenfalls hat sie

der Regierungskommissar deshalb nicht angelehrt, weil die Unternehmer beschließen haben, erst vom 1. April 1907 an Zugeländnisse zu machen, vorausgesetzt, daß wir auf eine Verlängerung der Arbeitszeit für alle Zeiten verzichten und bis zu obigem Datum für den bisherigen Lohn weiterarbeiten. Also wir sollen nicht nur zu den alten Bedingungen die Arbeit aufnehmen, sondern uns auch noch für eine Zeit zu etwas verpflichten, was wir schlichtlich gar nicht mehr leben. Um die wenigen Arbeitswilligen zu schützen, hat man nicht nur vom ganzen Lande Polizei und Gendarmen hier zusammengezogen, sondern noch Männer aus noch sieben Kompanien Infanterie zurückgehalten, und das alles wegen 197 Streikbrecher, denn die der Union werbe kommen nicht mehr als solche in Betracht, da dort der Streik beendet ist.

Die auswärts arbeitenden Kollegen seien nochmals darauf aufmerksam gemacht, das Kampfbild nicht eher aufzugeben, bis ihnen von der Streikleitung das Ende des Kampfes angekündigt ist.

**Gau Mannheim.** In Neunkirchen und Umgebung stehen die Kollegen nun seit drei Wochen im Streik und wollen wohl über den Stand desselben einiges mitteilen. Es ist den Unternehmern wiederum gelungen, einige „Arbeitswillige“ herbeizuschaffen, so daß nun die Plätze von ungefähr 40 pzt. aller vorher dort beschäftigten Maurer besetzt sind. Der Streik dauert jedoch fort, und wenn die Kollegen uns auch fernerhin unterstützen, ist ein Sieg nicht ausgeschlossen. Die Streikbrecher rekrutieren sich aus Schwärzern, Kaufleuten, Boms, Hülfsheime, Walddödelheim, Biederbach, Wiesbach, Kottweiler, Hühbach und Neunkirchen am Potthberg. Es muß unsere Aufgabe sein, diese Kollegen soweit zu bringen, daß sie von Neunkirchen fortbleiben.

**Gau Frankfurt a. M.** In Wiesbaden stand den Maurermeister A. Deng der Faser. Unser Baubetriebsmann auf einem seiner Bauten wies die Bauhilfsarbeiter in der Frühstücksstunde auf die Notwendigkeit der Organisation hin. Jemand ein Schwärzer erzählte das dem Herrn Deng und dieser entließ in überhäufendem Kraftgefühl den Kollegen. Selbstverständlich ließen sich die anderen Kollegen das nicht gefallen, sondern legten gleichfalls die Arbeit nieder. Sie fordern die Wiederherstellung des Baubetriebsmannes. Sogleich wird sich Herr Deng bald herausfinden, wenigstens wäre das für den Fortgang seiner Arbeiten das Vernünftige. Er ist gesperkt.

In Wiesheim ist der Streik durch einen annehmbaren Frieden beendet worden. Es ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der an Stelle der elfstündigen Arbeitszeit die zehnstündige festlegt. Der Lohn wird bei Wiederaufnahme der Arbeit von 40 auf 43 Schillingen und am 1. April 1907 auf 45 Schillingen erhöht. Der Vertrag, der auch sonst noch mehrere Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses bringt, hat bis zum 1. April 1908 Gültigkeit.

**Gau Köln.** Der Streik in Düsseldorf-Ratingen dauert nun bereits circa neun Wochen und noch immer ist ein Ende nicht abzusehen. Während der Unternehmern Schloffer genügend Streikbrecher hat, machen die anderen zwei im Grunde mit der Polizei riesige Anstrengungen, um „Arbeitswillige“ zu erhalten; auf allen Bürgermeistereien ist ein großes Plakat für Arbeitsangebote nach Ratingen angehängt. Weiter sind auch in verschiedenen Wirtschaften große Plakate angebracht. Doch alle Mühe war bis jetzt vergebens; denn noch sind auf die Lockungen der Unternehmer keine Maurer hineingefallen. Die Unternehmer müssen schließlich wohl gegen ihren Willen den Vertrag anerkennen; den geforderten Lohn zahlen sie schon, es handelt sich nur noch um Anerkennung der Organisation.

In Schelm legten Mittwoch, den 6. September, die Maurer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder. Sie fordern einen Stundenlohn von 55 Schillingen, im nächsten Jahre 58 Schillingen und neunzehnhalfstündige Arbeitszeit. Die Arbeitsniederlegung erfolgte fast einmütig. Als „Arbeitswillige“ blieben sechs Maurer stehen, 70 streikten. Es kommt für die erfolgreiche Durchführung des Streiks als sehr günstig in Betracht, daß die Bauarbeiter von hier mit offenen Armen im benachbarten Rangeland und Barmen in Arbeit genommen werden. Am eigentlichen Streik sind nur die Streikleistungen, welche aus je drei Mann bestehen, beteiligt. Die Unternehmer haben sich bereits zu Verhandlungen herbeigelassen. Der Vorstand der Schwelmer Unternehmer sagte zu, für dieses Jahr 51 Schillingen bei zehnhalfstündiger Arbeitszeit und 56 Schillingen bei neunzehnhalfstündiger Arbeitszeit für nächstes Jahr bewilligen zu wollen. Eine Verständigung ist jedoch noch nicht zu Stande gekommen.

In Opladen mußte ein eigenartiger Kampf geführt werden. Für das dortige Maurergewerbe bestand bereits seit 1903 ein Vertrag, der aber von den Unternehmern wenig oder gar nicht beachtet wurde. Als wir neulich den Unternehmer Lindner aus Barmen besuchten, stellte es sich heraus, daß sowohl ihm wie auch den anderen Unternehmern von diesem Vertrage nichts bekannt war, wenigstens wurde es behauptet. Der Vertrag sei, so meinten sie, von den Unternehmern in Klippertag und Wiesdorf für Opladen mit abgeschlossen, ohne daß sie dazu beauftragt und berechtigt gewesen seien; infolgedessen stellten wir neue Forderungen auf. Nachdem die Arbeit eine Woche lang geruht hatte, war es möglich, einen neuen Vertrag abzuschließen, der nunmehr für sofort 56 Schillingen, vom 1. Oktober bis 1. Mai 1907 58 Schillingen und von da an bis zum 1. Mai 1908 60 Schillingen pro Stunde festsetzt. Vom 1. Mai 1907 an tritt die neunzehnhalfstündige Arbeitszeit in Kraft. Dieser Vertrag ist von sechs Unternehmern schriftlich anerkannt, drei kleinere Geschäfte stehen noch außerhalb des Vertrages. Sie sind gesperkt. Es sind dies: Rohrer, Hamann und Hahn.

Die Bewegung im Siegerland dürfte vorläufig noch nicht zu Ende gehen. Am 4. September fand, durch den Stadtschreiber Jung aus Siegen, angeblich, eine Verhandlung statt. Die Unternehmer stellten dabei die annähernde Forderung, daß weder die Gausleiter noch die örtlichen Gewerkschaftscomittees an der Verhandlung teilnehmen dürfen. Der örtliche Verband hat hier die meisten Mitglieder, er wollte die Verhandlung nicht an der Personenzahl scheitern lassen und so hätten auch wir uns. Sogar unser Kollege Vernehanen war ausdrücklich von der Teilnahme ausgeschlossen. Nach diesem Vorstöße brachten man sich nicht zu rühren, das nichts Geschehendes dabei herauskam. Die Unternehmer machten folgende „Zugeländnisse“: In diesem Jahre sollte keine Lohnherhöhung eintreten, vom 1. April

1907 an wollten sie 48 Schillingen Stundenlohn (auf einen Mindestlohn wollten sie sich aber nicht einlassen) zahlen. Wir forderten für dieses Jahr 50 Schillingen und die zehnhalfstündige Arbeitszeit. Trotz der Mühe des Verhandlungsleiters, uns diese sonderbaren Zugeländnisse aufzuzeigen, verlief die Geschichte resultatlos. Am 6. September trat man dann zum zweiten Male zusammen. Wir hatten beschlossen, an unserer Forderung festzuhalten; jedoch der übergriffige Vetter aus Frankfurt hatte seine Verbandskollegen umgestimmt, sie sollten sich mit 48 Schillingen abgeben. Als sie den Unternehmern diese offenbarten, zogen diese ihr erstes Angebot zurück und boten nun 45 Schillingen. Aber auch dabei war vom Mindestlohn noch keine Rede. Nun ist es vorläufig mit den Verhandlungen aus. Unsere Situation ist günstig: von den etwa 450 Arbeitern, die vor dem Streik im Bezirk beschäftigt waren, fehlen noch immer circa 350. Die Einigkeit der Unternehmer hat neuerdings ein Loch bekommen, so daß wir allen Grund haben, zu hoffen, daß die Bewegung bald mit einem annehmbaren Erfolg für uns endet. Voraussetzung ist, daß die Christlichen fest bleiben. Die Art und Weise, wie sie immerzu über die angeblichen 7000 rationalisieren, die ihnen der Streik schon gekostet haben soll, läßt allerdings manche Befürchtung berechtigt erscheinen.

**Gau Hannover.** Trotzdem die Unternehmer in Braunschweig arg in der Klemme sitzen, lassen die Schachmacher ihren Probenstandpunkt nicht fallen. Um einem Verzicht, die Streikenden wollten überhaupt mit den Unternehmern nicht verhandeln, die Spitze abzubrechen, wurde auf Anregung einiger Unternehmer von allen beteiligten Gewerkschaften in voriger Woche ein Schreiben an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes gerichtet, in dem mitgeteilt wurde, daß die Streikenden jederzeit zum Verhandeln geneigt seien. Der Empfänger des Schreibens hielt es nicht einmal für notwendig, eine Vermählung des Arbeitgeberverbandes einzuberufen, sondern er teilte den Streikenden mit, daß im Winter die richtige Zeit zum Verhandeln sei. Gut gebrüllt Löwe! Die Unternehmer, die jetzt mit ihrer Arbeit in der Wäpche sitzen, mögen sich an ihren Vorstand wenden. Für uns gilt jetzt nur eins, und das ist: Alle Mann raus aus Braunschweig! (Wir machen die Braunschweiger Kollegen auf das Maurergewerbe nach Göttingen aufmerksam. Wie uns weiter mitgeteilt wird, will man dort besonders norddeutsche Maurer haben. Die Red.)

Bei der Firma Meier (in Schöningen) führte der 68 Jahre alte Maurer Drüsemeyer, der beim Neubau des Herrn Jentich mit Gerüstbau beschäftigt war, in der Höhe von 6 Meter ab. Der Unfall passierte Freitag, den 7. September, Morgens 11 Uhr, und war so schwerer Natur, daß der arg Verletzte binnen einer Stunde den Geist aufgab. Da man die jüngeren Kollegen alle ausperserte, mußte man den alten Mann mit solch gefährlichen Arbeiten betrauen. Dieses ist geradezu gemeingefährlich. Selbst der ausbeutungswütende Unternehmer müßte davor zurückschrecken. Da der Bau erst 1 1/2 Jahre hoch ist, ist es nicht ausgeschlossen, daß sich derartige Unglücksfälle noch öfter ereignen.

In Garzburg werden unsere Kollegen wegen Zugehörigkeit zur Organisation teilweise gemäßigelt. Bezug ist darum fernzuhalten.

**Gau Bremen.** Die Lohnbewegung in Bisselhövede ist für uns günstig beendet. Die Unternehmer ließen Mittwoch, den 4. September, mit sich reden, nachdem unsere Kollegen sich anständig, die Arbeit zu verlassen. Die Arbeitszeit ist von zehnhalfstündig auf zehn Stunden herabgesetzt. Der Stundenlohn beträgt nun bis zum 31. März 1907 38 Schillingen, vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 40 Schillingen. Ein schöner Erfolg, wenn man bedenkt, daß im vorigen Jahre noch bei elf bis elfenhalfstündiger Arbeitszeit Tageslöhne von 3 bis 3,20 bezahlt wurden. Erst seitdem sich unsere dortigen Kollegen dem Verband angeschlossen haben, ist ihre Lage verbessert worden. Der beste Beweis dafür, daß Einigkeit stark macht.

**Gau Leipzig.** Bei dem Unternehmer Freymuth und Sohn in Cönnern a. d. S. legten 22 Kollegen, die am Turbinenbau bei der Alsbekener Mühle beschäftigt waren, die Arbeit nieder. Die Kollegen mußten täglich einen Weg von circa drei Stunden zurücklegen. Als sie deshalb eine Lohnherhöhung von 8 Schillingen forderten, verweigerte der Unternehmer sogar die Erfüllung dieses doch gewiß beschwerlichen und sehr berechtigten Wunsches. Auf ein solches Gegenstück von Problese antworteten die Kollegen, wie es sich gehört, nämlich mit der Arbeitseinstellung. In dieser Ecke wird es aber wirklich die höchste Zeit, daß sich die Kollegen aufräumen, um auch für sich etwas zu erringen; für die Unternehmer haben sie fürwahr genug errufen. Die Firma ist gesperkt, der Zugang ist streng fernzuhalten — aber wer sollte sich auch nach einem solchen Arbeitsverhältnis schenken?

Die Auspersung in Greiz ist beigelegt. Leider ist der Ausgang dieses Kampfes nicht so, daß er irgendwelche Befriedigung hervorbringt könnte. Der Beschluß unserer Kollegen, die Arbeit bedingungslos und ungehindert wieder aufzunehmen, ist von den Unternehmern inhibiert worden. Sie haben es fertig gebracht, unseren Kollegen folgende Bedingungen aufzuparken: Im Jahre 1907 gilt noch die zehnhalfstündige Arbeitszeit, erst im folgenden Jahr wird sie auf zehn Stunden reduziert. Der Stundenlohn beträgt vom 1. Januar bis zum 31. Juli 1907 39 Schillingen, von da an bis zum 31. Dezember 40 Schillingen, vom 1. Januar 1908 bis zum 31. Juli 1909 42 Schillingen und von da an bis zum Schlusse des Jahres 1909 43 Schillingen. — Ob die Unternehmer wirklich so blödsinnig sind, zu glauben, daß sie so lange Ruhe haben werden?

**Gau Götting.** Der Streik in Zittau und die Ausspernung in der Umgebung haben mit dem 6. September nach sieghenwürdiger Dauer ihr Ende erreicht. Nach den letzten Verhandlungen, die acht Tage dauerten, und unter Vorsitz des Generalsekretärs und unter Zugiehung der Gausleiter der drei Verufe stattanden, ist ein Einverständnis erzielt worden, der für uns einen ehrenvollen Abschluß des Kampfes bedeutet. Wurden im Frühjahr 93 Schillingen gezahlt, so haben wir es jetzt auf 87 Schillingen und bis 1908 auf 90 Schillingen gebracht.

Die Kollegen von Zittau und vom Lande haben sich diesmal wieder gehalten. Dieser dreijährige Kampf hat hohe Anforderungen in Bezug auf Ausdauer und Päßig-











Pettstedt	Freitag, 12. Oktober
Zochau	Sonntag, 13. Oktober
Groth	Sonntag, 14. Oktober
Reichshausen	Montag, 15. Oktober
Wittenberg	Dienstag, 16. Oktober
Leinbach	Mittwoch, 17. Oktober
Leinbach	Donnerstag, 18. Oktober
Leinbach	Freitag, 19. Oktober
Leinbach	Sonntag, 20. Oktober
Leinbach	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

Carl Hildebrand, Bremen, Hankenstr. 21/22, 2. St.

Wargen	Sonntag, 6. Oktober
Dahlen	Sonntag, 7. Oktober
Leinbach	Montag, 8. Oktober
Leinbach	Dienstag, 9. Oktober
Leinbach	Mittwoch, 10. Oktober
Leinbach	Donnerstag, 11. Oktober
Leinbach	Freitag, 12. Oktober
Leinbach	Sonntag, 13. Oktober
Leinbach	Sonntag, 14. Oktober
Leinbach	Montag, 15. Oktober
Leinbach	Dienstag, 16. Oktober
Leinbach	Mittwoch, 17. Oktober
Leinbach	Donnerstag, 18. Oktober
Leinbach	Freitag, 19. Oktober
Leinbach	Sonntag, 20. Oktober
Leinbach	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

Fritz Pachlow, Hamburg, Besenbinderhof 56, 2. St.

Burgkötter	Sonntag, 6. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 7. Oktober
Reichshausen	Montag, 8. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 9. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 10. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 11. Oktober
Reichshausen	Freitag, 12. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 13. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 14. Oktober
Reichshausen	Montag, 15. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 16. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 17. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 18. Oktober
Reichshausen	Freitag, 19. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 20. Oktober

Referent:

Fr. Kahl, Dortmund, Leopoldstr. 48.

Borna	Sonntag, 6. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 7. Oktober
Reichshausen	Montag, 8. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 9. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 10. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 11. Oktober
Reichshausen	Freitag, 12. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 13. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 14. Oktober
Reichshausen	Montag, 15. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 16. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 17. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 18. Oktober
Reichshausen	Freitag, 19. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 20. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

H. Porter, Mannheim, U 6, Nr. 24.

Reichshausen	Sonntag, 7. Oktober
Reichshausen	Montag, 8. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 9. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 10. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 11. Oktober
Reichshausen	Freitag, 12. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 13. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 14. Oktober
Reichshausen	Montag, 15. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 16. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 17. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 18. Oktober
Reichshausen	Freitag, 19. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 20. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

G. Rutz, Köln a. Rh., Severinsstraße.

Spanbau	Sonntag, 6. Oktober
Spanbau	Sonntag, 7. Oktober
Spanbau	Montag, 8. Oktober
Spanbau	Dienstag, 9. Oktober
Spanbau	Mittwoch, 10. Oktober
Spanbau	Donnerstag, 11. Oktober
Spanbau	Freitag, 12. Oktober
Spanbau	Sonntag, 13. Oktober
Spanbau	Sonntag, 14. Oktober
Spanbau	Montag, 15. Oktober
Spanbau	Dienstag, 16. Oktober
Spanbau	Mittwoch, 17. Oktober
Spanbau	Donnerstag, 18. Oktober
Spanbau	Freitag, 19. Oktober
Spanbau	Sonntag, 20. Oktober
Spanbau	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

G. Thüne, Cassel, Klosterstraße 11, 1. St.

Wittenberg	Sonntag, 6. Oktober
Wittenberg	Sonntag, 7. Oktober
Wittenberg	Montag, 8. Oktober
Wittenberg	Dienstag, 9. Oktober
Wittenberg	Mittwoch, 10. Oktober
Wittenberg	Donnerstag, 11. Oktober
Wittenberg	Freitag, 12. Oktober
Wittenberg	Sonntag, 13. Oktober
Wittenberg	Sonntag, 14. Oktober
Wittenberg	Montag, 15. Oktober
Wittenberg	Dienstag, 16. Oktober
Wittenberg	Mittwoch, 17. Oktober
Wittenberg	Donnerstag, 18. Oktober
Wittenberg	Freitag, 19. Oktober
Wittenberg	Sonntag, 20. Oktober
Wittenberg	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

Herm. Bunde, Rattow, Grünstraße 17, 1. St.

Wittenberg	Sonntag, 6. Oktober
Wittenberg	Sonntag, 7. Oktober
Wittenberg	Montag, 8. Oktober
Wittenberg	Dienstag, 9. Oktober
Wittenberg	Mittwoch, 10. Oktober
Wittenberg	Donnerstag, 11. Oktober
Wittenberg	Freitag, 12. Oktober
Wittenberg	Sonntag, 13. Oktober
Wittenberg	Sonntag, 14. Oktober
Wittenberg	Montag, 15. Oktober
Wittenberg	Dienstag, 16. Oktober
Wittenberg	Mittwoch, 17. Oktober
Wittenberg	Donnerstag, 18. Oktober
Wittenberg	Freitag, 19. Oktober
Wittenberg	Sonntag, 20. Oktober
Wittenberg	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

Carl Obermeyer, Braunschweig, Reichenbergstr. 3, 3. St.

Reichshausen	Sonntag, 6. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 7. Oktober
Reichshausen	Montag, 8. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 9. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 10. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 11. Oktober
Reichshausen	Freitag, 12. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 13. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 14. Oktober
Reichshausen	Montag, 15. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 16. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 17. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 18. Oktober
Reichshausen	Freitag, 19. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 20. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

Jos. Lübbing, Essen (Ruhr), Kirchstr. 18.

Reichshausen	Sonntag, 6. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 7. Oktober
Reichshausen	Montag, 8. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 9. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 10. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 11. Oktober
Reichshausen	Freitag, 12. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 13. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 14. Oktober
Reichshausen	Montag, 15. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 16. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 17. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 18. Oktober
Reichshausen	Freitag, 19. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 20. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

J. Koch, Magdeburg, Blaubellstr. 21.

Reichshausen	Sonntag, 6. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 7. Oktober
Reichshausen	Montag, 8. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 9. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 10. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 11. Oktober
Reichshausen	Freitag, 12. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 13. Oktober
Reichshausen	Sonntag, 14. Oktober
Reichshausen	Montag, 15. Oktober
Reichshausen	Dienstag, 16. Oktober
Reichshausen	Mittwoch, 17. Oktober
Reichshausen	Donnerstag, 18. Oktober

Demmin	Freitag, 19. Oktober
Stralsund	Sonntag, 20. Oktober
Garz a. Hagen	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

G. Rutz, Götting, Zittauerstraße 142

Stargard i. P.	Sonntag, 6. Oktober
Stargard i. P.	Sonntag, 7. Oktober
Stargard i. P.	Montag, 8. Oktober
Stargard i. P.	Dienstag, 9. Oktober
Stargard i. P.	Mittwoch, 10. Oktober
Stargard i. P.	Donnerstag, 11. Oktober
Stargard i. P.	Freitag, 12. Oktober
Stargard i. P.	Sonntag, 13. Oktober
Stargard i. P.	Sonntag, 14. Oktober
Stargard i. P.	Montag, 15. Oktober
Stargard i. P.	Dienstag, 16. Oktober
Stargard i. P.	Mittwoch, 17. Oktober
Stargard i. P.	Donnerstag, 18. Oktober
Stargard i. P.	Freitag, 19. Oktober
Stargard i. P.	Sonntag, 20. Oktober
Stargard i. P.	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

J. Göttinge, Hamburg, Besenbinderhof 56, 1. St.

Bromberg	Sonntag, 7. Oktober
Bromberg	Montag, 8. Oktober
Bromberg	Dienstag, 9. Oktober
Bromberg	Mittwoch, 10. Oktober
Bromberg	Donnerstag, 11. Oktober
Bromberg	Freitag, 12. Oktober
Bromberg	Sonntag, 13. Oktober
Bromberg	Sonntag, 14. Oktober
Bromberg	Montag, 15. Oktober
Bromberg	Dienstag, 16. Oktober
Bromberg	Mittwoch, 17. Oktober
Bromberg	Donnerstag, 18. Oktober
Bromberg	Freitag, 19. Oktober
Bromberg	Sonntag, 20. Oktober
Bromberg	Sonntag, 21. Oktober.

Referent:

Bömelburg, Göttinge, Hüttmann, Rutz und Silber Schmidt (6 Versammlungen).

Berlin ..... Mittwoch, 24. Oktober.

Bekanntmachungen der Bauvorsände.

Gau Lübeck.

Meine Adresse ist vom 28. September d. J. an  
G. Mägel, Adlerstr. 38, 3. St.

An unsere Mitglieder im rheinisch-westfälischen Vertragsgebiet.

Vom 16. d. M. an beginnt für das Vertragsgebiet eine andere Arbeitszeit. Es ist deshalb notwendig, nochmals darauf hinzuweisen, daß sich die Arbeitszeit während der Wintermonate nicht mehr nach den ersten Verträgen regelt, die die meisten Mitglieder noch in Händen haben, sondern daß hier seitens des Einigungsamtes verschiedene Veränderungen vorgenommen werden mußten. Die Arbeitszeit ist jetzt wie folgt geregelt:

Jahreszeit	Arbeitszeit	Arbeitszeit	Arbeitszeit	Arbeitszeit	Arbeitszeit	Arbeitszeit
16. März bis 15. Septbr.	6 1/2	8-8 1/2	12-1 1/2	4-4 1/2	7	10
16. Septbr. bis 20. Septbr.	6 1/2	8-8 1/2	12-1 1/2	4-4 1/2	6 1/2	10
1. Oktober bis 15. Oktober	6 1/2	8-8 1/2	12-1 1/2	4-4 1/2	6	9 1/2
16. Oktober bis 31. Oktbr.	6 1/2	8-8 1/2	12-1 1/2	4-4 1/2	5 1/2	9
1. Novbr. bis 15. Novbr.	7 1/2	8-9	12-1 1/2	4-4 1/2	6 1/2	8 1/2
16. Novbr. bis 30. Novbr.	7 1/2	8-9	12-1 1/2	4-4 1/2	5	8
1. Dezbr. bis 15. Dezbr.	8	9-10	12-1 1/2	4-4 1/2	5	8
16. Dezbr. bis 15. Januar	8 1/2	9-10	12-1 1/2	4-4 1/2	4 1/2	7 1/2
16. Januar bis 15. Februar	8	9-9 1/2	12-1 1/2	4-4 1/2	5 1/2	8
16. Februar bis 28. Februar	7 1/2	8-9	12-1 1/2	4-4 1/2	6	8 1/2
1. März bis 15. März	7 1/2	8-9	12-1 1/2	4-4 1/2	6 1/2	9 1/2

Gummierter Zettel zum Ueberleben der alten Einteilung in den kleinen Verträgen sind bei den Zweigvereinen und Hauptstellen vorrätig zu haben. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich diese Zettel zu verschaffen und in die Verträge einzufügen, im übrigen aber auch dafür zu sorgen, daß auch während der Wintermonate die Arbeitszeit nach der obigen Festsetzung sticht innegehalten wird.  
Mit kollegiallichem Gruß  
Der Bauvorsand. J. A. F. Kahl.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können nach Dienstag Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Maurerverband und Sozialdemokratische Partei.

Wir haben nicht die Absicht, an dieser Stelle und heute schon die so brennende erscheinende Frage „Partei und Gewerkschaft“ zu behandeln; was wir darüber zu sagen haben, sparen wir uns besser bis nach dem Parteitag auf. In einem einzelnen



Fälle, müssen wir jedoch eine Abwehr und Mäßigung vornehmen. Es handelt sich um die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg, die am 2. September in Berlin tagte. Laut Bericht des „Vorwärts“ hat der Berichtshalter der Delegationskommission gesagt:

„In Schwiebus ist von 103 gewerkschaftlich organisierten Maurern nicht einer politisch organisiert. Ähnliche Verhältnisse sind auch aus anderen Orten bekannt geworden. Es muß daher eingetreten werden, daß die baugewerblichen Arbeiter, welche in der Provinz wohnen und in Berlin beschäftigt sind und sich hier als gute Parteigenossen ausgeben, ihr parteigenössliches Gefühl auch in ihren Heimatorten betätigen und dort für die Partei wirken. Wer in Berlin arbeitet, ist doch in seinem Heimatort wirtschaftlich so unabhängig, daß er dort, ohne Schaden für sich befürchten zu müssen, für die Partei eintreten kann.“

Ein anderer Redner, der Reichstagskandidat für die Opreignitz, sprach den Faden weiter und sagte: Berliner Parteigenossen hätten sich an die Fikale des Maurerverbandes in einem Provinzort gewandt. Eine Verpöschung habe stattgefunden, um die betreffenden Maurer für die Unterstützung bei der Gründung eines Wahlvereins zu gewinnen. Danach habe ein Mitglied der Maurerfakale in einem Briefe an einen der Genossen geschrieben, der Vorsitzende des Zweigvereins der Maurer habe erklärt: Unsere Mitglieder wollen von einem Wahlverein nichts wissen. So sei denn auch die Unterstützung durch die Maurer ausgeblieben. Diese Tatsache sei wichtig in Rücksicht auf die gegenwärtigen Debatten über Partei und Gewerkschaft. In einem Kreise, der eine Domäne des Junkertums ist, müsse man doch von den Gewerkschaften erwarten, daß sie die Partei unterstützen.

Wir bedauern es auf das tiefste, daß die Mitglieder unseres Verbandes noch nicht überall zu der Erkenntnis gelangt sind, daß sie nicht nur ihrer Gewerkschaft angehören, sondern auch eingeschriebene und tätige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein müssen. So „schwarz“ aber wie die Maurer auf dem Brandenburgischen Parteitag hingestellt wurden, sind sie erfreulichsweise doch nicht. Nach unserer Information sind etwa neun Zehntel unserer in der Provinz Brandenburg (einschließlich Berlin) wohnenden Mitglieder tätige und zuverlässige Parteigenossen; in einer Reihe kleiner Städte der Provinz stützt sich die Parteioffiziation und Bewegung lediglich allein auf die Maurer. Allerdings ist die Opreignitz davon bisher leider ausgeschlossen. Wie steht es da aber mit der Gewerkschaft? Auch davon haben wir speziell nichts Näheres zu berichten. Hoffentlich erziehen wir uns aber auch dort recht bald einen Stamm standhafter Kollegen, und dann wird auch die sozialdemokratische Partei dort Eingang finden. Von dem Verhältnis in Schwiebus sind wir ebenfalls durchaus nicht befreit, obwohl wir annehmen dürfen, daß sich unsere dortigen Kollegen gelegentlich alle in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen; jedenfalls dann, wenn es sich um Wahlen oder andere besondere Aktionen der Partei handelt. Es trifft auch nicht zu, daß von den 103 Schwiebuser Maurern nicht einer politisch organisiert sei. Zunächst ist festzustellen, daß von den 103 nur etwa zwei Duzend in Schwiebus selbst wohnen und von diesen zwei oder drei dem dortigen Wahlverein angehören. Die übrigen „Schwiebuser“ wohnen auf den umliegenden Dörfern und es gehören hier und da zwei oder drei dem politischen Verein an; einige haben sogar Vertrauensposten inne. Immerhin muß zugegeben werden, daß die übergroße Mehrzahl der in Schwiebus beschäftigten Maurer nicht der sozialdemokratischen Partei als eingeschriebene Mitglieder angehören. Wir wünschen natürlich sehr, daß das bald besser wird.

Aber warum denn immer der Gewerkschaft die Schuld geben, wenn die Partei nicht vorwärts kommt? Sollte das Verschulden nicht in erster Linie bei den Parteifunktionären liegen? Wir sind von dem letzteren überzeugt. Und warum wird nicht mehr auf die angebliche Schließlichkeit der Gewerkschaftler hervorgehoben? Wurden die betreffenden Redner auf der Brandenburgischen Konferenz gar nicht, daß die Brandenburgischen Maurer im allgemeinen, ja zum übergroßen Teil tätige Parteimitglieder sind, ja, daß in manchen Strichen der Provinz Brandenburg die Maurer und andere baugewerbliche Arbeiter das Rückgrat der Partei sind? Doch wohl. Wenigstens unbewußt haben sie ausgesprochen, daß die Partei nichts ist ohne die Gewerkschaften. Aber es ist doch gar zu verlockend, den Gewerkschaften dann und wann einen Vorstoß zu verpassen. Diese Tatsache ist auch wichtig in Rücksicht auf die gegenwärtigen Debatten über Partei und Gewerkschaft, um mit dem Reichstagskandidaten für die Opreignitz zu reden. Das „schwarze“ ist ihm nämlich der Hauptzweck seines Angriffs auf die Maurer zu sein.

#### Konflikt im rheinisch-westfälischen Vertragsgebiet.

Zu dem Artikel unter obiger Überschrift in Nr. 30 des „Grundstein“ hat bekanntlich der Verbandsdirektor Schmiedehaus vom Arbeitsverband geantwortet, etwas Berichtigendes zu müssen. Auf diese Berichtigung selbst hier noch näher eingehen, erklärt sich wohl, da das Nötige hierzu bereits in Nr. 35 gesagt ist. Aber einen längeren Artikel, den Herr Schmiedehaus unter dem Titel: „Sozialdemokratische Berichterstattung“ in der Nr. 33 seiner Arbeitsbeziehung veröffentlicht, müssen wir etwas näher unter die Lupe nehmen. Nachdem Herr Schmiedehaus nochmals

seinen kaudenben Lesern den „großen Vertragsbruch der Arbeiterorganisation“ dargestellt hat, erklärt er, daß er am 2. Juli selbst in Wülfrath gewesen sei und sich von dem Vorstande der Streikpolen und der bürgerlichen Sperrde überzeugt habe. Ferner habe er festgestellt, ob die Einladungen zur Sitzung der Schlichtungskommission erfolgt seien. Des weiteren habe er in der Sitzung des Einigungsamtes die nötigen Erklärungen über Beginn und Ende der Aussperrung gegeben. Also Herr Schmiedehaus erstarrt in voller Glorie. Dann aber fährt er fort: „Auf diesen Artikel hin sah sich der Bauarbeiter Wahl-Vorstand bemüht, seinerseits im „Grundstein“ eine Berichtigung zu geben, die wieder deutlich erkennen läßt, in wie unanständiger Weise von den Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit Personen angegriffen und diffamiert werden. Auf Unwahrheiten kommt es dem Herrn dabei nicht an. Die Hauptfache ist, daß durch den Artikel die nötige Sensation gemacht wird und daß die Arbeiter an den bekannten Schlagworten ihre Freude haben.“ Sodann wird der Schluß des ersten Teiles der Berichtigung in Nr. 35 wiederholt, und auch der Teil des Artikels, der von den Ausführungen des Bauführers Daseh handelt. Dann heißt es: Herr Schmiedehaus auf das Geheiß, daß dem sich nach seinen obigen Ausführungen die Sozialdemokraten bewegen lassen. Er schimpft nämlich mit „Unstuh“, „Große Unwahrheit“ und zwar eine bewusste Unwahrheit. Es ist also eine unerhörte Dreistigkeit, mit solchen Unwahrheiten öffentlich in der Zeitung Stimmung zu machen. Ebenso ist es eine Unwahrheit, daß der Bauführer Daseh die oben erwähnte Erklärung abgegeben hat usw. Wir wollen nicht in den Ton des Herrn Schmiedehaus verfallen; wollen auch nicht schreiben, daß es dem Herrn auf Unwahrheiten dabei nicht ankommt, sondern wollen nur einiges richtig stellen. Schmiedehaus behauptet, es sei eine grobe und bewusste Unwahrheit, daß der Polier auf seine Anweisung hin so gehandelt habe, er ferne der Polier gar nicht. Ja, wer hat denn behauptet, daß solches der Fall sei? Es heißt ausdrücklich in dem fraglichen Artikel: „Bemerkenswert aus dieser Sitzung ist, daß der Vertreter der Firma, Bauführer Daseh, erklärte, „Verbandsdirektor“ Schmiedehaus habe ihm mitgeteilt, er brauche den Obmann der Schlichtungskommission auf der Baustelle nicht zu dulden, deshalb habe er dem Polier die Anweisung gegeben, denselben sofort von der Baustelle zu weisen.“

Schm. will sich nun von dem Verbalge, eine solche Anweisung gegeben zu haben, dadurch reinwaschen, daß er erst am Montag, den 2. Juli, in Wülfrath gewesen sein will, während die Sperrde schon in der vorhergehenden Woche begonnen habe. Das eine solche Anweisung während der Sperrde ergangen sei, hat auch weder der Bauführer Daseh behauptet, noch ist davon in dem Artikel die Rede. Eine unerhörte Dreistigkeit aber ist es, wenn ein Mensch, der bei den Verhandlungen überhaupt nicht zugegen gewesen ist, hinterher sagen behauptet: „Genau ist es eine Unwahrheit, daß der Bauführer Daseh die oben erwähnte Erklärung abgegeben hat.“ Etwas derartiges mit dem richtigen Namen zu belegen, dazu fehlt uns denn doch die „unanständige Weise“ der Sozialdemokraten. Wenn Herr Schmiedehaus glaubt, daß seine Ausführungen über irgend welche Vorannahme auch für uns maßgebend seien, so befindet er sich am Holwege. Wir werden uns nach wie vor gehalten, unsere eigene Meinung zu haben und diese auch zu vertreten und der Wahrheit die Ehre zu geben. Damit für heute genug.

#### Angestrebter Kassierer.

Der Maurer Hermann Jörbling (Wohn. 178001) hatte dem Zweigverein Gelsenkirchen in seiner Eigenschaft als Hilfskassierer den Betrag von M. 46,25 unterschlagen und ist heute von der I. Strafkammer des Königl. Landgerichts in Essen wegen Untreue zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden.

Breslau. In der Gips- und Zementbranche lagen die Verhältnisse in den letzten Jahren hier am Orte noch sehr düster. Geringelte Löhne waren nicht vorhanden; jeder Unternehmer zahlte nach seinem eigenen Gutdünken. Die Kollegen waren auseinander damit sehr aufgebracht. Wenn auch einzelne darüber hin und wieder ein Wort verloren, so geschah es nur ganz leise, sonst hätte es ja womöglich der Unternehmer hören können. Auch als nach dem letzten Verbandstage die in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Kollegen von der Lokalverwaltung aufgefordert wurden, sich zwecks Verbesserung ihrer Lage zu organisieren, zusammenzuschließen, hielten sie es nicht einmal für angebracht, in den für sie angeordneten Versammlungen zu erscheinen, so daß sie öfter nicht stattfinden konnten. Daraus war zu sehen, daß es die Kollegen gar nicht wünschten, ihre Lage verbessert zu sehen; auch wurden sie anscheinend nicht, daß eine Gruppe mit Wuttr überreitet besser schmeckt als eine mit Minderheit. Als im Frühjahr dieses Jahres seitens der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter Lohnforderungen gestellt wurden, fing es auch bei den in der Gips- und Zementbranche Beschäftigten an zu dümmern. Die Erfahrungen in den letzten Jahren hatten es ihnen gelehrt, daß sich ihre Löhne immer mehr verschlechterten, während sie für die übrigen im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter immer mehr in die Höhe gingen. Aus diesem Grunde wurde die Lokalverwaltung ersucht, einen Lohnratifizierungsausschuß einzusetzen. Dieses geschah auch; jedoch hatte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Unternehmer konnten ihre Leute von früher her und geben auf die eingereichten Forderungen, wie auf mehrmalige schriftliche Eingaben keine Antwort. Die Kollegen beschloßen nunmehr, Montag, den 13. August, die Arbeit niederzulegen und nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Forderungen seitens der in Betracht kommenden Firmen (Guido Simon, John Wenzl und Klapper) anstandslos bewilligt worden seien. Als nun die Arbeitsniederlegung einmütig erfolgte, und die Hilfsarbeiter sich anschlössen, auch kein einziger „Arbeitswilliger“ vorhanden, die Konjunktur aber gut war, dauerte es gar nicht lange, so spielte das Telefon und wir wurden ersucht, in Verhandlungen einzutreten. In welcher Bedrängnis die Firma Guido Simon war, geht daraus hervor, daß der Direktor dieser Firma

(die wohl die größte am Platze sein dürfte), erklärte, daß schon einige ihrer Auftraggeber sich an sie mit dem Ersuchen gewandt hätten, sofort die Arbeiten ausführen zu lassen, widrigenfalls sie anderweitig vergeben werden würden. Es fand hierauf eine Vorbesprechung im Geberkschaftshaus statt und wurden alsdann um 6 Uhr Nachmittags im Beisein von drei streikenden Kollegen die Verhandlungen fortgesetzt. Das Resultat war, daß unter Aenderung einiger Positionen der Tarif angenommen wurde. Die Situation hätte wohl besser ausgenutzt werden können, da die Unternehmer nach ihren eigenen Äußerungen sich nicht mehr lange hätten halten können, sondern die Forderungen hätten anstandslos bewilligen müssen. Es mußte aber berücksichtigt werden, daß die meisten Kollegen erst in der letzten Zeit dem Verbands begetreten waren. Der Streik hat also nur acht Tage gedauert. Die Kollegen haben eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich M. 200 bis M. 300 im Jahre erreicht. Die Kollegen werden aus diesem Kampfe ersehen haben, daß an ihrer Einigkeit sich der Startpunkt der Unternehmer bricht. Möge in der Zukunft dieses ein Ansporn für die Kollegen sein, tüchtig zu agitieren und die Interessen des Verbandes so zu vertreten, daß auch der Indifferente über die Prinzipien der Arbeiterbewegung aufgeklärt ist, und wir, wenn wir wieder in einen Kampf gedrängt werden sollten, dem Kapitalismus gestützt gegenüberstehen.

NB. Zur besseren Vertretung ihrer Berufsinteressen wurde eine besondere Sektion der Gips- und Zementbranche gegründet.

Dienstag, den 21. August, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörte die Versammlung in der üblichen Weise das Ansehen des durch den Tod aus unseren Reihen gerissenen Kollegen Gustav Garbog, im Alter von 31 Jahren, Mitglied seit dem Jahre 1903, zur Frage des Arbeitsnachweises gab Kollege Widra einen kurzen Nachruf auf seine Entschiedenheit. Die Verwaltung habe sich hier damit beschäftigt und sich an einen auf diesem Gebiete sehr bewanderten Rechtsanwalt in Berlin gewandt, welcher aber noch nicht die gewünschte Antwort erhalten. Kollege Widra ersuchte den Vorsteher der Verwaltung anzunehmen, der dahin gehend, daß er über den Nachweis zu sammeln, alsdann eine Sitzung mit dem Komitee zu beantragen, um die Vorarbeiten im Beisein eines Vertreters des Hauptverbandes vorzutragen zu können. Nachdem noch einige Kollegen in dieser Angelegenheit gesprochen hatten, ergriff Kollege Wölschlag das Wort und führte an der Hand von Beweisen den Kollegen vor Augen, daß der Arbeitsnachweis der Unternehmer erst dann Bedeutung erlange, wenn die Kollegen ihn ernsthaft bekämpften. Es wurde förmlich gefordert, daß das herbeizuführen, was die Unternehmer wünschen. Aus diesem Grunde ist es angebracht, eine außerordentliche Sitzung zu dem Arbeitsnachweise einzunehmen. Je weniger man ihn beackert, je mehr werde er an Bedeutung verlieren, daher könne er den Kollegen empfehlen, den Antrag der Verwaltung anzunehmen. Nachdem Kollege Wölschlag auf die Breslauer Bewegung von früher und jetzt hingewiesen und sich auch noch einige Kollegen zu dieser Angelegenheit geäußert hatten, ohne einen anderen Antrag zu stellen, wurde der Antrag der Verwaltung einstimmig angenommen. Da hier in Breslau sich zum größten Gaudium der Unternehmer eine „Freie Vereinigung“ bildet, die aber nur aus Mitgliedern des Zentralverbandes besteht, so stellte die Verwaltung den Antrag, diese aufzulösen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es sind also ausgeschlossen die Maurer: Paul Häßler, Oskar Freund, Robert Mond, Stanislaus Wülfel, August Junis, Gustav Tige, Heinrich Schider, Robert Otto, Heinrich Erdmann und Valentin Wölschlag. Nachdem noch bekannt gegeben, daß der Streik der in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Kollegen zu Gunsten der Kollegen nach achtstündiger Dauer zum Abschluß gekommen ist, wurde die gut besuchte Versammlung unter dem üblichen Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Gresfeld. Es tut mir leid, nochmals den Raum unseres Blattes in Anspruch nehmen zu müssen, um große Unwahrheiten eines „Christen“ von Gresfeld in der Nr. 35 der „Baugewerkschaft“ zu berichtigen. Der Mensch versucht, Widersprüche in meinem Verhalten zur Affordfrage zu entbinden. Jeder Teilnehmer der betreffenden Versammlung, der etwas auf Wahrheit hält, weiß, daß meine Äußerungen waren: „Von unserer Zeitung ist nicht eine Zeile aufgetaucht, die Afford gegeben worden! Wir hatten im Frühjahr einzelne Kollegen Afford angenommen, doch sie haben dies — was gewiß bedauerlich ist — weder mit noch ohne Zustimmung des Zweigvereinsvorstandes getan.“ Das sollte den „Christen“ gesagt haben, wenn von unserer Seite die übrigen Kollegen herausgeholt worden wären. Den Affordanten ist gesagt worden, wenn die Arbeit fertig ist, gibt es kein Affordübernehmen mehr. Der Wahheitsmörder in der „Baugewerkschaft“ soll mir die Namen derjenigen nennen, die seine Forderungen in diesem Falle waren. Eine Infamie ist es, wenn der Artikelschreiber in der „Baugewerkschaft“ behauptet: „Wagt arbeitete selbst bei einem Affordanten (Genosse heißt es, ist aber gelogen), wo die Vorderfront abgerissen werden mußte! Das wissen die Götter.“ Der Artikelschreiber Ehler weiß, daß durch die Schuld des Affordanten die Front circa 25 cm über die Straßenhaut hinausragte, da konnte doch die Arbeiter keine Schuld treffen. Unwahr ist, daß die meisten Kollegen bei Affordarbeiten arbeiteten. Daß Ehler zum Kopf lief, um den drei Kollegen die Meinbeit seiner Person zu beweisen, zeugt von seinen eitel christlichen Kampfmotivationen. Nur immer weiter so. Im Zentrum ist Ehler, wenn er meint, wir wollten seine Agitation erschweren und ihn herabwürdigen. Das letztere überlassen wir ihm selber, und seine Agitation gereicht uns nur zum Geil. Die Gresfelder Maurer kennen ihre Pappeneimer. Ehler heßt durch sein Verhalten gegen sich selbst, also brauchen wir es nicht. (Siehe Streik 1905.) Ich kann doch nicht dafür, wenn die Kollegen bei ihm leid sind. Die Arbeit des Widerwegschludens — die sich in letzter Zeit noch gekauft hat — tue ich schon im Allgemeininteresse. Mag Ehler nur fleißig nach seinem Schema weiter agitieren.

A. Vogt.

Kreising. In der Durchführung unserer im Mai er kämpften Tarifs werden uns mannigfache Schwierigkeiten bereiten. So hatten wir mit dem Unternehmer Grinzer resp. mit seinem Polier Wanscher schon mancherlei Konflikte ausgetrieben. Diesem Polier, einem treuen Diener



seines Herrn, regt der Taxis schwer im Magen, weil er seinem Willkürregiment einige Schranken setzt. Als kürzlich bei einer Arbeit die Zeit recht drängte, wollte er nach Belieben arbeiten lassen, aber dafür nicht den tarifmäßigen Zuschlag zum Stundenlohn gestatten. Selbsttörend hatte er damit sein Glück; außer einem Wörtelmacher und einem Gesellen, dem jede Selbständigkeit abgeht, arbeitete keiner. Darob war er sehr erbozt und schwor uns Nachs. Als nun neben der Kaserne ein Neubau angefangen wurde, glaubte er, die Zeit dazu sei gekommen. Er verfügte, daß, statt wie sonst 25, nur 20 Minuten Brotzeit gehalten werden solle. Um diese „Verfügung“ kümmerte sich indes auch wieder so gut wie niemand. Nur einige Indifferenten der Fahnenträger des latstolischen Kasinos taten ihm den Willen. Als darauf nach beendeter Pause die Kollegen aus der Skantine zurückkamen, war auch schon der Unternehmer, der Baumeister Strinker, zugegen, der gleich auf den Kollegen Bauer losbrühte und ihm „Krautleber“, „Alzaufriedener“ u. u. titulierte. Er sagte ihm, er könne zu jeder Zeit gehen. Das war soviel, als er sei entlassen. Hier hatte aber der Herr Baumeister die Rechnung ohne die übrigen Gesellen gemacht, die sich nun mit ihrem Kollegen solidarisch erklärten. Das reichte aus, um den Unternehmer zum Einlenken zu veranlassen. Der Angriff auf unsere tariflich festgelegten Rechte war also abgelenkt. Dies Beispiel zeigt also den Kollegen, daß wir von den Unternehmern nichts Gutes zu erwarten haben. Darum heißt es für uns, eilig sein und die Augen offen halten.

**Seite 1. 29.** Bei Abschluß des Tarifes für das rheinisch-westfälische Industriegebiet im vorigen Jahre mußten selbst die Oberschaffmader des Arbeitgeberverbandes anerkennen, daß gerade die Hagenener Unternehmer sich am hartnäckigsten weigerten, eine Lohnaufbesserung einzutreten zu lassen; für eine Verrückung der Arbeitszeit waren sie zuerst gar nicht zu haben. Nur dem Umfande, daß die Unternehmer durch die Gesamtaussperrung im Industriegebiet in eine Zwangslage geraten waren, ist es zu danken, daß die Hagenener Unternehmer einige Konzessionen machten. Dabei blieben die Lohnverhältnisse im ganzen Hagenen Bezirke weit hinter den anderen ähnlich großen Orten des Industriegebietes zurück. Statt, daß die Unternehmer jetzt möglichst schnell darauf dringen würden, daß die gehobene Arbeitszeit eingeführt und der Stundenlohn der Bauarbeiter in Hagen und Umgebung in gleiche Höhe zu heben, Dormund, Bochum usw. gebracht wird, beschließen sie es jetzt, gerade das Gegenteil herbeizuführen, indem die Arbeitszeit wieder auf elf Stunden verlängern wollen. Das Einigungsamt hatte vor einigen Wochen auf Anregung verschiedener Schlichtungskommissionen beschlossen, daß in den Orten, wo über ein Drittel von den bei organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeitern organisiert sind, sich die Unorganisierten den tariflichen Abmachungen anzupassen haben. Auf diesen ganz vernünftigen Beschluß hinwies, beantragten wir beim Obmann der Schlichtungskommission der Unternehmer, er möchte in den Unternehmerversammlungen darauf dringen, daß dieser Beschluß auch durchgeführt würde. Das Gegenteil trat ein: die Unternehmer protestierten in ihren Versammlungen gegen den Beschluß des Einigungsamtes und bestritten, dem Einigungsamt jede Kompetenz, heutzutage Beschlüsse zu fassen. Das Einigungsamt wird sich in nächster Zeit noch einmal mit dieser Materie befassen und den Hagenen Unternehmern klar machen müssen, daß sie eine Forderung, die sie selbst nicht ausüben zu verstehen haben, wenn — sie überhaupt Frieden im Handwerke haben wollen. Die in Betracht kommenden Organisationen, einschließlich der Christlichen, haben sich in einer kürzlich abgehaltenen öffentlichen Protestversammlung mit dieser Unangelegenheit befaßt und einstimmig gegen das Vorgehen der hiesigen Unternehmer protestiert. Folgende Resolution wurde beschlossen mit dem Hinweis, sie dem Einigungsamte zu unterbreiten: „Die am 25. August 1906 im „Kaiserlaale“ tagende Protestversammlung, die von den am Arbeitsvertrag für das rheinisch-westfälische Industriegebiet interessierten Arbeitgeberverbänden einberufen ist, nimmt Kenntnis von der Absicht der Hagenener Unternehmer, die Arbeitszeit wieder zu verlängern. Die Versammlung stellt sich auf den Beschluß des Einigungsamtes und protestiert ganz entschieden gegen das Vorgehen der Unternehmer, den Beschluß des Einigungsamtes zu hintergehen. Die Versammlung verpflichtet sich, mit allen ihr geleglich zu Gebote stehenden Mitteln jeder Abweichung vom Tarifvertrage entgegenzutreten und weiter auch darauf zu achten, daß der Tarifvertrag vollständig eingehalten wird.“ Schwächen wollen wir noch, daß der Arbeitgeberbund durch falsche Umfrage hält; wer von den Bauarbeitern organisiert ist und wo; wer in diesem Jahre, im nächsten Jahre elf Stunden arbeiten will. Im nächsten Jahre am 16. März tritt bekanntlich die gehobene Arbeitszeit in Kraft. Daß die Unternehmer die Unorganisierten fragen, ob sie im nächsten Jahre elf Stunden arbeiten wollen, könnte man noch begreiflich finden, da sie ja darauf bedacht sind, ihren Dieblichen neben der Beifolge auch etwas Zudeckel zu gewinnen. Daß sie aber den Mut haben, die organisierten Arbeiter ebenfalls zu fragen, ob sie auch in Zukunft ihre Lebensbedingungen verschlechtern wollen, zeugt von einer haarsträubenden Rücksichtslosigkeit. Sie können die Zeiten noch gar nicht vergessen, wo sie als „Göttern im Hause“ die Lohnhöhe und die Arbeitszeit selbst festlegten. Ja, ihr Göttern, diese Zeiten sind unüberwiegend vorbei. Der Zentralverband der Maurer hat im ganzen Bezirke annähernd 1100 Mitglieder; die „Christlichen“ wollen 200 haben, d. h. mit Zimmerern und Bauhilfsarbeitern zusammen. Der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter hat 350 Mitglieder, der Zimmerverband über 100, macht zusammen 1750 organisierte Bauarbeiter. Im Großstalle können aber nur für alle Duzende 2000 Arbeiter in Frage kommen. Wir erlauben unsere Mitglieder streng darauf zu achten, daß der Tarif genau eingehalten wird. Jede Abweichung ist auf dem Bureau zu melden. In der öffentlichen Versammlung wurde festgestellt, daß bei folgenden Unternehmern die festgesetzte Arbeitszeit nicht genau eingehalten wird: Rost, Kramer, Echeune, Platte, Keweling, Jakob und Bthua in Hagen, Schumann und Weemann in Wetter, Müller & Co. in Hohenlimburg, Wiert in Halpe, Stürmer in Herbede.

**Hierlohn.** Der hiesige Zweigverein hielt am 1. September seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. In

ersten Punkt der Tagesordnung hieß der Kollege Sempel aus Düsseldorf einen Vortrag über: „Organisation“. Für seine trefflichen Ausführungen wurde dem Redner reichlich Beifall. Sodann referierte der Arbeitersekretär, Genosse Gogomski, über den Anfschluß unseres Zweigvereins an den Zweigverein Lüdenscheid, um dadurch in die Lage zu kommen, einen eigenen Beamten anstellen zu können, der die Agitation besser betreibt, die hier noch groß ist. Sodann wurden beide Vorträge zur Diskussion gestellt. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vortrage des Kollegen Sempel einverstanden. Ueber den Vortrag des Genossen Gogomski entlupfen sich eine lebhafte Debatte. Ein Kollege führte aus, er könne nur dann dem Zusammenschlusse zustimmen, wenn der Beamte seinen Sitz in Jüresloh bestimme. Schließlich wurde der Vorstand beauftragt, sich mit der Zweigvereinsverwaltung in Lüdenscheid und der Zentralkommission in Hamburg wegen dieser Sache in Verbindung zu setzen. Im Punkte „Verschiedenes“, machte der Vorsitzende bekannt, daß von dem Hauptvorstand eine Broschüre herausgegeben wird. Es wurde beschlossen, daß jeder Kollege verpflichtet ist, ein Exemplar zu begehren: Sodann wurden die Kollegen aufgefordert, das Stiftungsfest, das der Zweigverein am 16. September feiert, zu besuchen. Nach Erledigung einiger interner Sachen wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Nachkomme.** Da hier bereits seit Mai d. J. die Alfordarbeit laut Verjammungsbefehl verboten war, eine hiesige Firma (Hüncigs & Bebersdorf) aber nicht umhin konnte, ihre Arbeiten doch im Alford ausführen zu lassen, waren wir in letzter Zeit in Konflikt geraten. Genannte Firma war nun gezwungen, mit uns einen Tarif abzuschießen unter der Voraussetzung, daß die Alfordarbeit wieder eingeführt würde. Aus diesem Anlaß tagte nun am 28. August ein Mitgliederversamml., zu der unser Kassierer, Kollege Kober, erschienen war. Kollege Kober: Ich stehe in eingehender Weise den Kollegen Marzalegen, welche Takt bei der Aufstellung von Tarifen befolgt werden muß, wohl beleuchtet, es das Alfordsystem und -luste in belehrender Weise Aufklärung zu schaffen. Es wurde einstimmig beschlossen, im Vorbenicht Nächstom keine Alfordarbeit auszuführen. Es muß daher Pflicht eines jeden Kollegen sein, dies zu beachten. Als Hauptforderung wurde der Pfundfundtag bezeichnet. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung. Zu tadeln ist das Verhalten einiger Kollegen, die alle Last auf den Vorstand abwälzen suchen, die gerne ernten, aber nicht säen mögen. Hoffentlich kommen auch diese Kollegen zur Einsicht, daß ihnen vom Unternehmertum noch lange kein sorgenfreies Leben beschert wird.

**Stendal.** Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 2. September, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die nur sehr schwach besucht war. Diefes wurde vom Vorsitzenden scharf gerügt. Es wurde beschloffen, Sonntag, den 9. September, eine Agitation in Wismar und Umgebung vorzunehmen. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, sich dem Wahlverein anzuschließen.

**Wetba.** am 17. August tagte hier im „Süßenghaus“ eine gut besuchte Maurerverammlung, die sich wiederum mit der Lohnforderung beschäftigte. Der Vorstehende Rabst referierte über: „Zweck und Nutzen der Organisation“, und schilderte das richtige Verhalten der Unternehmer. Er forderte die Kollegen zur regen Agitation für die Organisation auf, damit wir endlich einmal die geschnittenen Arbeitszeit und 35 s Lohn erreichen könnten. Nach längerer Diskussion wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die sich mit den Unternehmern in Verbindung setzen soll. Am 19. August kam nun die Kommission mit den Unternehmern zusammen. Diese gebrauchten, wie gewöhnlich, die alten Ausreden. Wenn der Arbeiter einen Pfennig Zulage haben will, das brennt es an allen Enden. Der eine sagt, wenn es mein Kollege gibt, dann gebe ich es auch. Der andere muß dantrott maden; ein anderer beschwindet beim Erscheinen der Kommission in sein Zimmerlein, und so geht es weiter. Dieses Benehmen regte die Gemüter der Kollegen nun doch etwas auf, und am 25. August legten infolge Fragestellung 21 Maurer bei dem schon vom vorigen Lohnstampe her bekannten Unternehmer Louis Kunze die Arbeit nieder. Es dauerte aber nicht lange, denn am vierten Tage verstandigte er sich schon mit der Streikkommission und ver sprach ihr, in der am 31. August stattfindenden Maurerverammlung auf zu erscheinen. Er war auch erschienen, und nach längeren Auseinandersetzungen zwischen dem Gauleiter Segel und dem Unternehmer Kunze bewakerte es letzterer, daß er es habe zum Bruch kommen lassen, und bestrafte die geschnittenen Arbeitszeit und 35 s Lohn. Er ver sprach auch den Kollegen, darauf zu sehen, daß in Zukunft ein Lohnvertrag so stande komme.

**Werkan S.** Sonnabend, den 1. September, tagte hier eine öffentliche Waiuersversammlung. Sie befaßte sich mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen hier am Orte. Der Vorsteher gedachte in kurzen und kräftigen Worten der Erzeugnisse in den Nachbarstädten, die nur durch die Energie und das feste Zusammenhalten der Kollegen erzielt wurden. Auf das Drängen des größten Teils der Kollegen, eine Lohnforderung zu stellen, sei heute die Versammlung einberufen worden. Da aber laut Statut nur die Mehrheit der Mitglieder, die heute aber nicht anwesend sei, einen dazugehörigen Beschluß fassen kann, so müsse hierob für heute Abhand genommen werden. Die Werdauer Waiuer seien jetzt die rüchändigsten im Bezirk, weil sie am längsten arbeiten müssen und auch schlechter bezahlt würden als in den Nachbarorten. Es müsse jeder zu der Leberzeugung kommen, daß er durch seine Argeißt und Fleißigkeit mit Schuld ist, daß so solche Löhne bezahlt werden. Nach den Ausführungen des Vorredners meldeten sich einige Kollegen zum Wort, die trotz alledem für die Aufstellung von Lohnforderungen eintraten. Hierauf ergriff Kollege Stad-Leipzig, als Vertreter der Gewerleitung, das Wort. Er unterzog gleichfalls die hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen einer scharfen Kritik und führte aus, daß der geßnündliche Arbeitsatz die erste Forderung bei jeder Lohnbewegung sein müsse; denn ohne diese Forderung würde keine Genehmigung vom Bauvorstand zum Eintritt in eine Lohnbewegung gegeben werden. Die Unternehmer bewilligen eher ein paar Pfennige Lohn als eine Verkürzung der Arbeitszeit. An verschiedenen Orten haben

die Kollegen 14 Wochen und darüber gestreift, bloß, um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Für jeden vernünftigen und denkenden Menschen in Werbaud sei das Verlangen nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen begreiflich. Trotzdem müsse heute von der Formulierung der Forderungen Abstand genommen werden, dafür aber in nächsten Frühjahr geschlossen vorgegangen werden. Man sei schon zu weit an die kurzen Tage herangekommen; in folgedessen würde nicht viel zu erzielen sein. Es entspringt sich über die Ausführungen Kochs eine sehr lebhaftes Debatte. Verschiedene Kollegen waren nicht damit einverstanden, die Lohnbewegung auf nächstes Frühjahr zu verschieben, da sie keine Lust hätten, sich von dem Unternehmernum so länger auf diese Art ausbeuten zu lassen. Kollege Koch erwiderte, daß er den Unwillen der Kollegen wohl begreife, aber es lasse sich jetzt nicht mehr machen. Daran, daß sich die Werbauer Maurer noch bis nächstes Frühjahr gebunden müssen, tragen die interesselosen und trägen Kollegen die Schuld. „Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Die heute, am 1. September, tagende Maurerverammlung erkennt die in Werbaud und Umgegend bestehenden Löhne als ungenügende an und hält die Verkürzung der Arbeitszeit für bringend notwendig. In Erwägung, daß jeder von den Arbeitern gestellten Forderung von den Unternehmern der größte Widerstand entgegengestellt wird, verpflichten sich die Anwesenden, für den Ausbau der Organisation zu sorgen. In Erwägung, daß die Jahresszeit schon so weit vorgeschritten ist, verzichtet die Versammlung jetzt auf Stellung einer Forderung.“ Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Maurerverband schloß der Vorsitzende die Versammlung. Kollegen! Erscheint pünktlicher in den Versammlungen, besucht sie besser als es bis jetzt der Fall war. Laßt Euch von den Meistern nicht beeinflussen, daß sie im Frühjahr 39 8-Stundenlohn bezahlen wollen, wie Baumeister Möbius seinen Leuten gesagt hat. Jahrgehnte haben sie Euch ausgebeutet, und jetzt, wo der Arbeiter sich zu wehren beginnt, fängt es ihnen an zu gruseln, und sie machen Versprechungen. Also hinein in die Versammlungen, Kollegen! Helft mit beraten und arbeiten, dann können wir auch unsere Lage verbessern.“

**Wiesbaden.** Am 5. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: „Der Sozialkassenbeitrag und seine Einwirkung auf Lohnbewegungen.“ Hierzu erteilte der Vorsitzende dem Referenten, Kollegen Hiltmann aus Frankfurt, das Wort. Daß der Referent in seinem einflüßigen Vortrage den Kollegen aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der stürmische Beifall der dem Redner spendend wurde. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme des Zuschlagsbeitrages von 10 %, so daß die Jahressolle Wiesbaden vom 1. März 1907 ab 60 % Wochenbeitrag zahlt. Zum zweiten Punkt: „Einführung der Kolportagearmen für die drei Wintermonate“ begründete der Vorsitzende die Notwendigkeit dieser Einrichtung. Nach längerer Debatte in der alle Redner dafür sprachen, beschloß die Versammlung mit großer Mehrheit, während der drei Wintermonate eine Kolportagegebühr von 15 % pro Monat zu zahlen. In „Ergebendes“ teilten mehrere Kollegen mit, daß etwa 30 Kollegen die Arbeit bei dem Unternehmer Karl Denz niedergelegt hätten. Die Ursache war die Entlassung des Vertrauensmannes der Maurer wegen Agitation unter mehreren dort beschäftigten Bauhilfsarbeitern.

## Verbot oder Reform der Akkordarbeit?

### III.

**Zur Aufforderung im Gau Stettin.**

Sobald ein Zweigverein Einfluß auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewonnen hat, steht auch die Affordfrage auf der Tagesordnung. Eine Teilung der Arbeit ist wegen der vorliegenden ländlichen Verhältnisse unseres Gauses nur in ihren Anfängen vorhanden. Die Einteilung der Kollegen zur Affordarbeit ist zumeist ein Strauben gegen die Einführung eines Systems, das im Gau keine Erstgengberechtigung hat.

Im Anfang des Monats Mai d. J. arbeiteten in den 82 Lohnbezirken 6155 Kollegen, davon im Zeitlohn 5890, im Akkord 265. Von den Akkordarbeitern waren 238 mit Fuß und 7 mit Maurerarbeit beschäftigt. Die größte Zahl davon stellt Stettin mit 100 Akkordarbeitern. Bei guter Konjunktur waren es 300; das Verhältnis, etwa ein Viertel der Beschäftigten, ist somit daselbe geblieben.

Nur vor dem Schluß der Bauaison lassen sich in den Baedorten immer einige Kollegen durch die Klagen der Unternehmer zur Affordarbeit bewegen. Vielfach trifft man leider den sogenannten heimlichen Afford, der in der Regel erst beim Streit um den Nachschuß zur Kenntnis der anderen Kollegen kommt. Rechnen wir die Zahl dieser „heimlichen“ Affordarbeiter auf rund 200, so sind die Affordanten mit rund 500 auf etwa ein Zwölftel aller Beschäftigten beschränkt.

Die Nebenarbeiten, wie das Mäßen und die Herstellung leichter Scheerwände, wird in Stettin nur noch selten im Afford ausgeführt. Die Spezialarbeiter, Fliesenleger, Anstricher, Montierarbeiter und Betonkonstruktoren arbeiten zum Teil in Afford. Bei größeren Arbeiten bringen auswärtige Firmen des Systems mit. Kleinere Arbeiten führen unsere Ansschlägen aus. Meist haben sie in all den Bädern eine gewisse Fertigkeit erlangt. Sie müssen sich freilich mit einem nur geringen Lohnaufschlag abfinden; wenn überhaupt ein solcher gegeben wird. Fernzooarbeiten führen Italiener, und zwar meist in Afford aus. Schornsteinbauten lassen in der Regel sächsische Firmen in Afford ausführen. In letzter Zeit befaßt sich auch ein Stettiner Unternehmer mit diesen Arbeiten. Diese Gruppen noch hinzugegerechnet, werden alles in allem etwa 600 im Afford beschäftigt sein, gleich ein Rebnel aller Beschaftigten.

Der Preis schwankt beim Innenputz zwischen 18 bis 32.  $\frac{1}{2}$  pro Quadratmeter. Beim Außenputz bewegt er sich zwischen 50.  $\frac{1}{2}$  bis 112. Komplizierte Arbeiten werden etwas höher bezahlt. In Stettin hält man immer noch an die Quadratmeter als Maßeinheit fest. Als Abzugslohn werden in Stettin 13 bis 18  $\frac{1}{2}$  pro Stunde mehr ausgezahlt als der sonst übliche Lohn beträgt. Sonst wird er im Orte geltende Stundenlohn wöchentlich nach oben abgerundet. Der Restlohn wird meistens sofort nach der Fertigstellung der Arbeit ausgezahlt. Unter den Unternehmern gibt es



Neugierigen, die hierbei die schwierigsten Sachen fertig bringen; leider auch unter unseren Kollegen.

Ein Zwischensystem kennt man nicht. In einigen Städten Vorkommen und in einer in Hinterzimmern ist ein Teil der Kolonnen mit feinem Gestein bei sechsundzwanzig Rindungen angeordnet. Sie erhalten außerdem für jedes laufende verarbeitete Steine eine „Prämie“. Somit nimmt ein Gefelle die Arbeit an. Der verdiente Lohn geht in gleiche Teile. Ein und wieder bezahlt man den „ersten Mann“ seine Verhältnisse für die Annahme der Arbeit und das Aufheben.

Die Versicherungsbeiträge des Unternehmers, soweit er hierzu verpflichtet ist, gewöhnlich müssen Mitglieder freier Kassen ihre Beiträge allein bezahlen; auch bei den Sozialbeiträgen nimmt man es nicht so genau. In 33 Lohnbezirken mit 45 Zweigvereinen ist für 2520 Kollegen jede Arbeitsarbeit verboten. Seit 1897 ist in Stettin allmählich für Arbeiter die Arbeitszeit um eine halbe bis eine Stunde vermindert. Um soviel wird täglich weniger gearbeitet als im Tagelohn. Nach Umfang und Art hat die Arbeitsarbeit im Bau nie einen großen Einfluß gehabt. Dennoch zeigen sich Spuren von Schädigungen. Als Korruption muß es bezeichnet werden, daß viele Kollegen in ihrem Heimatort gegen die Arbeitsarbeit wettern und stimmen, aber in ihrem Arbeitsort in Alford arbeiten. Bei den Abstimmungen wird häufig gar nicht beachtet, ob Zeit und Umstände ein allgemeines Verbot der Arbeitsarbeit zulassen. Die Behörden zeigen sich mit Recht von der Arbeitsarbeit als Lohnsystem nicht erbaut. In den Bauverträgen der Stadt Stettin mit den Unternehmern wird die Herstellung der Arbeiten in Alford direkt verboten. Aber gemacht wird es doch; Unternehmern wie Gefellen liegen der Ausleitung die Schwärze voll. Später kommt es dann wegen Nachschüssen oder Umanbären der Arbeiten oftmals zum Streik. Die Unternehmern sind selbstverständlich Verantwortliche der Arbeitsarbeit. Nach der Begründung der Unternehmung ist die Arbeitsleistung der Maurer so zurückgegangen, daß ein Aufriß nur durch Alford möglich ist. Vorwiegend sind es heute junge Kollegen, die seit der Mitte der neunziger Jahre ihre Lehrzeit beendeten, die nach Alford drängen.

Garte Kämpfe um die Arbeitsbedingungen haben die meisten von ihnen nicht kennen gelernt. Eingekommen von ihren Fähigkeiten, empfinden sie es angenehm, in der Sonne der Unternehmungsgewinn ein Mehr zu erzielen. In den Landbezirken verbieten die Verhältnisse den Alford, und so wird Stettin damit begünstigt. Das erklärt sich sehr leicht: Durch die Arbeit der Organisation ist in den Landorten fast überall der Lohn gestiegen. Der Unterschied zwischen den Löhnen in der Stadt und auf dem Lande verringert sich. Nun finden aber nicht alle Landgefahren in ihrer Heimat Arbeit, sondern sind gezwungen, nach Stettin und anderen Städten des Landes zu gehen. Dabei haben sie das natürliche Verlangen, ihren Familien ebenso viel Geld zu schicken, wie sie hätten, wenn sie in der Heimat arbeiteten. Da sie das im Tagelohn nicht verdienen können, so drängen sie sich zum Alford.

Unsere Unternehmer benutzen dies in geschickter Weise. Drängt einmal die Arbeit sehr, so daß sie, dem nachgebend, für alle Gefellen einen höheren Lohn zahlen müssen, so holen sie Alfordkolonnen, meist Rußer, heran. Bei denen sehen sie dann wieder auf Markt nach Alford.

Ein gänzlich Verbot der Arbeitsarbeit wäre im Bau sowohl in den einzelnen Versammlungen wie durch eine Abstimmung mit Rechtigkeit herbeizuführen. Aber aus den rückwärtslosten Anfängen der Arbeitsarbeit würde in demselben Augenblick der Unternehmern eine Schutztruppe entstehen, wie sie sich nicht besser wünschen könnten. Dies muß vermieden werden. In den Orten freilich, wo nicht ein Verbot gerabeg Wsicht der Kollegen. Voraussetzung müßte hier jedoch sein, daß die Abstimmenden auch nicht in anderen Bezirken im Alford arbeiten dürften. In Orten, wo stän dig ein großer Bruchteil der Kollegen in Alford arbeitet, müßte der Beschluß herbeizuführen werden, daß im Alford täglich eine Stunde weniger als im Tagelohn gearbeitet werden muß. Alle Alfordverträge wären der Leitung des Vereins vorzulegen. Nachschuß dürfte nur auf Grund genehmigter Verträge gemacht werden. Wird nachträglich auf dem genehmigten Vertrag ein Untervertrag abgeschlossen, so ist der „erste Mann“ — wenn es sein muß, gerichtlich — zu zwingen, seinen Kollegen den Lohn nach dem genehmigten Vertrag zu zahlen. Die Zwischensystemern ist jede Arbeit zu verbieten. Gaud in Hand hermit müßten wir über die Bezahlung besonders befähigter Kollegen etwas freier denken. Nur zu oft begegnet man einer Anschauung, die sehr nach „Rangungleichheit“ aussieht. Geisig, bei unserer Arbeit, ist es recht und billig, wenn für ein und dieselbe Art der Arbeit auch der gleiche Lohn gegeben wird, und bestimmt um das Quantum des einzelnen. Aber für Arbeiten, die mehr Geschicklichkeit erfordern, kann unbeschadet des Gesamtwohls sehr gut auch in den Tarifverträgen ein höherer Lohn festgesetzt werden. Wo die Teilung der Arbeit besteht, handeln heute schon die einzelnen Gruppen und Sektionen nach jenem Grundsat. In den Landbezirken ließe sich zunächst für größere Pfabarbeiten ein Mehr fordern. Im geheimen werden heute schon einzelnen Kollegen Ertragsvergütungen in die Hand gebracht. Diese Vorschläge sind eine bedingte Anerkennung des Alfordsystems und des Klassenkampfes. Freilich in anderem Sinne, als es die Unternehmern wünschen. Die Unternehmern fassen die Vertragslöhne oder die sonst festgesetzten Löhne als Höchstlöhne auf. Wir müssen sie daran gewöhnen, daß es Mindestlöhne sind. So viel müssen auch die Kollegen an Einsicht gewonnen haben, daß nicht die Gleichheit nach oben, sondern nach unten in der Lohnfrage das Erstbestreben ist. Vernünftig denkende Kollegen werden nie zum Schinder ihrer Mitarbeiter. Wir würden damit dem guten Element unter unseren Alfordarbeitern den Rücken stärken; obgleich sich nicht die Schlechtesten, die Rückwärtslosten würden mehr einengen. An die Stelle des heute herrschenden Doppelsystems ließe sich ein vernünftig geleitetes Teillohnsystem setzen. Ob es nun Alford oder Teillohnsystem ist, fehlt die vernünftige Einsicht, dann kann jedes System zur Qual der unter ihm Arbeitenden werden.

Wils. Schauer.

## Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 2. bis 8. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der bürgerlichen Bevölkerung in Hamburg M. 750, Bremen 600, Braunschweig 400, München 300, Nürnberg 300, Frankfurt a. M. 250, Erfurt 200, Groß-Neudorf 200, Altona 200, Düsseldorf 100, Staden- hagen 100, Gießen 100, Saarbrücken 100, Maffelstraße 100, Wörmberg 70. Summa M. 3770.

Zufuß erhielt: Bückburg M. 150.

Altona, den 8. September 1906.

Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionsen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, aber alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Unfälle, mit kurzer Anführung der Beschaffenheit und der übersehbaren Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Essen a. d. R. Samstag, den 8. September, stürzte der Kolonne Richard Schmidt am Neubau der Firma Daniel & Wenzel über die Giebelmauer und erlitt schwere Verletzungen. Er mußte nach seiner Wohnung geschafft werden. Am selben Tage stürzte der Maurer Hagenberg durch Fehltritt von einer Leiter in die Tiefe; er erlitt ebenfalls schwere Verletzungen, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Bau wird von der Firma Wiersch in Essen-West ausgeführt.

Kiel. Am Mittwoch, den 6. September, Nachmittags, stürzte der auf dem Grundstück der Maschinen- und Schiffbau-Firma Rud. Preß, Kaiserstraße 26, fast bis zum Dach aufgeschüttete Betonbau plötzlich ein und begrub sieben Bauhelfer und Arbeiter unter den Trümmern. Glücklicherweise ist es gelungen, drei der Verunglückten lebend aus den Trümmern herbeizuziehen, dagegen haben zwei am Bau beschäftigt gewesene Personen den Tod gefunden. Das mit Eisenstangen und Drahtseilen durchdrogene Betonwerk lag wie ein Netz über dem ganzen Platz und erschwerte den Feuerwehren und den vielen Personen, die sich an dem Rettungsbetrieb beteiligten, die Arbeit ungemein. Mit Hammern, Jagen, Spaten und Schaufeln mußte vorgegangen werden. Stellenweise drangen die Retter tatsächlich nur gollweise vor und stießen dann wieder auf neue Schwierigkeiten. Angepörrt wurden die vielen helfenden Hände durch die Hilfserufe der Verunglückten. Zwei wurden zwei Arbeiter herbeigeholt, von denen einer leicht, der andere am Kopf schwerer verletzt war; beide konnten aber ohne fremde Hilfe den Heimweg antreten. Gegen 5½ Uhr wurde der 17-jährige Arbeiter Kirchhoff gefunden. Er lebte gleichfalls. Bevor er aber aus den Gefellen befreit werden konnte, vergingen anderthalb Stunden. Die Beine des Unglücklichen wurden durch Stangen und Beton festgehalten. Die Massen waren freilich schnell mit Händen und Schaufeln fortgeräumt. Die Stangen waren aber nicht zu bewegen. Mit Hämmern und Sägen versuchte man es, vergebens. Schließlich wurden Daumkränze herbeigeschafft und kurz vor 8 Uhr glückte das Rettungswerk. Kirchhoff war während der ganzen martervollen Zeit bei voller Bewußtsein. Auf ärztliche Anraten waren ihm Medikamente gereicht worden. Die Beine waren schwer gequetscht. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde Kirchhoff in die Heilanstalt gefahren. Unmittelbar neben Kirchhoff wurde die Leiche des zweiundzwanzigjährigen Eisernmanns geboren. Ein schwerer Betonpfeiler hatte den jungen Mann erdrückt. Weiter seitlich nach dem Hinterbahnhof zu wurde die Leiche des bei Ertorf beheimateten Maurers Gangloff, ein kaum zwanzig-jähriger Mensch, unter Steintrümmern herbeigeholt. Kurz vor 8 Uhr entliefte das 1. Seebataillon, unter Führung des Oberleutnants Grafen v. Sparr 100 Soldaten im Arbeitsgang mit Spaten. Von der städtischen Polizei war eine große Anzahl von schweren Schmeißern beschafft worden, die dringend nötig waren, um die Eisenstangen und Gesteine zu durchschneiden. Die Feuerwehr hatte alle verfügbaren Geräte, Sägen, Handpumpen etc., auch eiserne Klauen, die erforderlich waren, das lose Verteilwerk zu beseitigen, herbeigefahren. Bis zur späten Abendstunde waren Feuerwehren und Seebataillon bei Tagelohn und elektrischem Licht bei den Aufräumarbeiten und der Suche nach dem noch fehlenden Polier Borrie, ein aus Schlesien stammender verheirateter Mann. Von höheren technischen Beamten unter Führung von Assessor Jaghte wurde noch Abends eine Untersuchung eingeleitet. Wie gemeldet wird, dürften die Ursachen des Unfalles in der Beschaffenheit der Betonmassen und Konstruktionen zu suchen sein. Die verantwortliche Baufirma ist die Hannoversche Zementbau-Actien-Gesellschaft, Vertreter Meier-Miel. Der Einsturz erfolgte in dem Augenblick, als die Verschalung im Erdgeschoß des hinteren Baues entfernt wurde. Da die Vordermauer noch fehlte, drängte das ganze Gebäude mit seiner Schwere nach hinten und bildete in wenigen Augenblicken einen Haufen von Schutt. Wäre der Einsturz in entgegengesetzter Richtung, also nach der Kaiserstraße hin, erfolgt, so wäre die ganze aus 18 Personen bestehende Arbeiterstaffel im Bau geblieben. Der junge Maurer Matzies hatte Wasser geholt und stand am Eingang. Er wie auch der Fabrikant Preß retteten sich durch schnelles Beiseitgeringen.

Von den Verletzten ist Kirchhoff Nachts im Krankenhaus verstorben. Am 11 Uhr Abends endlich wurde der letzte der Verunglückten gefunden, der Polier Borrie, gleichfalls nur als Leiche. Die Unglücksstätte bildet ein weißes Chaos. Sie ist jetzt zur Vornahme der gerichtlichen Untersuchung polizeilich gesperrt. Ansehend ist der Einsturz, wenn nicht Konstruktionsfehler vorgelegen haben, auf mangelhafte Zusammenfügung des Betons zurückzuführen. Staden-hagen. Auf dem Neubau der Seifenfabrik fiel dem Kollegen Boed am 25. August ein Ziegelstein auf den Kopf. Er erlitt schwere Verletzungen. Den Unfall verursachte ein Klempnermeister, der zufällig auf dem Bau zu tun hatte. Dieser sprang von einer Wand hin-

unter auf das Gerüst; dies war wohl nicht richtig, da es durch die Erschütterung das Herabfallen des Steines verursacht wurde.

Kettin a. g. Wie unsere Verhältnisse in betreff des Bauarbeiterelches sind, beweist folgender Unfall. Am 2. August waren mehrere Maurer in Rehen am Schulhaus, neubau mit dem Aufsehen der Steine beschäftigt. Dabei passierte es, daß wegen Mangel an den nötigen Schuttbordungen zwei Ziegelsteine in die Tiefe fielen, und zwar so unglücklich, daß dem unten aufzufindenden Mann, unserem Kassierer, ein solcher auf den Kopf fiel, so daß unser Kollege bewußtlos zusammenstürzte. Er hat so schwere Verletzungen erlitten, daß er heute noch schwer darniederliegt. Es wäre an der Zeit, daß die Kollegen besser zusammenhielten, um den Meistern klar zu machen, daß nur durch richtige Innehaltung der Schuttbordungen den Unfällen vorgebeugt werden kann.

Wiesbaden. Am 3. September, Nachmittags 2 Uhr, stürzte im Neubau an der Meingauerstraße eine Patent-Zementplattenbede in einem Kellerraum des dritten Stockwerks ein. Die Ursache war die zu frühe Entfernung der Einschalung. Zwei Arbeiter, die damit beschäftigt waren, die Einschalung zu entfernen, wurden von den Massen der einstürzenden Bede, die noch zwei darunter liegende Decken durchschlugen, mit in die Tiefe gerissen. Der 23 Jahre alte Arbeiter Stiefel aus Niederfelsbach, wurde tot unter den Trümmern herbeigehoben. Der Arbeiter Karst aus Wiesbaden wurde schwer verletzt von der Rettungswache in das städtische Krankenhaus gebracht. Der Arbeiter Jacob Mees, der im selben Moment unten am Bau vorüberging, wurde von einem Stiel einer Zementplatte leicht am Kopf verletzt; er konnte seine Wohnung noch erreichen.

\* Submissionskolonnen. Für den Neubau der höheren Mädchenschule in Guben sind auf auszuführende Erd- und Maurerarbeiten von acht Guben Kaufmännern Offerten eingegangen, wonach der Mindestfordernde die Summe von M. 42 442,79 und der Höchstfordernde M. 78 311,85 beanspruchte. Der Mindestfordernde hat den Zuschlag erhalten, und das ist allemal die beste Strafe für eine solche Konkurrenz. Nun ist es ja für den Augenblickenden immer nahezu unmöglich, festzustellen, wo der Sünder zu suchen ist. Der Unterbitt von M. 34 000 ist jedoch so hoch, daß der Mindestfordernde günstigstenfalls seine Anlagen nur dann gedeckt erhält, wenn er die Ausbeutung seiner Arbeiter forciert und dabei noch die Löhne möglichst niedrig hält. Diese Submissionsfunden der Unternehmung würden uns böllig fast lassen, wenn nicht auch die Arbeiter immer darunter leiden würden. Zu den angedeuteten Schädigungen der Arbeiter kommt noch hinzu, daß solche Bauten naturgemäß auch immer Herde der schwersten Missetaten sind.

\* Staatseigene Wohnungen für die Eisenbahnbefindlichen. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat durch Erlass vom 31. d. M. die „Grundzüge für die Aufstellung von Entwürfen und die Ausführung“ von Dienst- und Mietwohnhäusern für Arbeiter, untere und mittlere Beamte festgelegt. Ihnen sind zehn Musterzeichnungen sowie eine Anweisung zur Herstellung und Einrichtung von „Küchenstuben“ beigegeben. Bei Anträgen auf Einrichtung von Wohnhäusern, die nach einem dieser Muster ausgeführt werden sollen, bedarf es nicht der Vorlage ausgearbeiteter Entwürfe, selbst wenn geringfügige Veränderungen des Modells beabsichtigt sind; dagegen sind wesentlich abweichende Entwürfe, deren Aufstellung übrigens unbenommen bleibt, zur Genehmigung vorzulegen. Aus den „Grundzügen“, die im „Eisenbahn-Beruchungsblatt“ 17 Seiten füllen, heben wir das folgende hervor:

Bei der Wahl des Bauplatzes soll nicht allein auf dessen günstige Lage zur Dienst- oder Arbeitsstelle, zu den Verkaufsstellen für Lebensmittel, zur Schule und Kirche Rücksicht genommen werden, sondern auch auf Verminderung ungewöhnlicher Ausgaben infolge schlechten Baugrundes, ungenügenden Wasserlaufes usw. Wo es den örtlichen Verhältnissen entspricht, namentlich auf dem Lande, ferner bei billigen Bodenpreisen usw., sind Ein- oder Zweifamilienwohnhäuser herzustellen; sonst müssen die Häuser für mehr Familien berechnet werden. Jedoch ist unzulässig Beschränkung der Zahl anzustreben. Die Wohnungen sollen je nach den örtlichen Bedürfnissen zwei bis fünf Räume (einschließlich der Küche) erhalten; ihre Nutzfläche schwankt zwischen 25,5 und 68 Quadratmetern. (Kleiner konnten wohl die Räume nicht angenommen werden!) Wie sollen die Beamten in solchen Winkeln wohl fühlen? Die im Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit erforderlichen Maßnahmen, insbesondere auch die hierfür erforderlichen Polizeiverordnungen sind zu beachten; auch ist in Betracht zu ziehen, daß ein erheblicher Teil der Beamten nachts dienlich verbleibt und daher am Tage eines abgetrennten Schlafzimmers bedarf. Alle Wohnräume sollen gut durchlüftbar und heizbar sein. Die Wohnhäuser sollen einen bescheidenen, aber freundlichen und gefälligen Eindruck machen. Dieser Zweck läßt sich ohne Nachtheil und besondere architektonische Putaten durch geschickte Verwendung der Baumaterialien, Wechsel von Putz- und Ziegelmauerwerk, ansprechende Farbgebung und saubere Ausführung erreichen. Wird eine größere Zahl von Wohnhäusern nebeneinander errichtet, so ist dem Bedürfnis nach Abwechslung (durch Wahl verschiedener Grundrisse, wechselnde Gruppierung der Fenster usw.) zu entsprechen. In den Wohnungen für Unterbeamte und Arbeiter soll auf eine zweckentsprechende Gestaltung und Einrichtung der Küche, die der Familie meist zum Aufenthalt dient, besonderes Gewicht gelegt werden.

Anstatt dahin zu wirken, daß die Küche grundsätzlich nicht zum Wohnen benutzt wird, wird durch diese Verfügung das Gegenteil geradezu begünstigt. Freilich, wenn man 25,5 Quadratmeter für zwei und 68 Quadratmeter für fünf Räume für ausreichend hält, darf man sich aber nicht wundern. Von der Einrichtung von Abwechslung scheint in dem Erlass überhaupt nicht die Rede zu sein.



## Aus anderen Berufen.

**\* Kohlenknappheit und Mangel an gesuchten Arbeitern im Kohlenbergbau.** — In der letzten Sitzung des rheinisch-westfälischen Kohlenrabbiates führte Kommerzienrat Krabbe aus, wenn die volle Beteiligung der Arbeiter, beziehungsweise der Anforderungen des Marktes vollumfänglich genügt werden sollte, so müßten allein im Ruhrkohlenbergbau 80 000 Bergleute mehr angestellt werden. Diese zu beschaffen, ist aber unmöglich, wenn auf die Anlegung von gesuchten Bergarbeitern Gewicht gelegt wird. Ferner sind die Bedenken auch nicht in der Frage, 80 000 Arbeiter mehr bei der Kohlenförderung zu beschäftigen; denn schon jetzt ist die Kohlenförderung in den Grubenabteilungen derart konzentriert, daß eine noch stärkere Verlegung der Ortsbetriebe die größten Gefahren für Menschen und Betriebe heraufbeschwören würde. Und die Intensität des Flözabbaus hat ihre Grenzen, sie darf nicht die Sicherheit des Betriebes außer acht lassen. Der heutige forcierte Abbau erklärt schon manchen Grubenunfall. Im preussischen Steinkohlenbergbau waren während des ersten Halbjahres 1906 463 713 Personen beschäftigt gegen 447 186 im gleichen Zeitraum 1905. Die rapide Steigerung der Beschäftigten innerhalb des letzten Jahres hat dem Bergbau große Arbeitermengen zugeführt, die ihn bisher nur vom Grubenjammern mannten. Aus der anfänglichen Vergarbeiterbevölkerung ist der bergmännische Nachwuchs relativ sehr gering. Von einer systematischen Vorbildung für die eigenartige, gefährliche Vergarbeiterei kann bei der Lebergröße der Neuangestellten keine Rede sein. Neben anderen Ursachen ist auch die Maschinenanlegung „bergfremder“ Arbeiter entscheidend für die Senkung der durchschnittlichen Arbeiterleistung. Im Jahre 1888 erhielten auf einen preussischen Steinkohlenarbeiter 800 Tonnen als Leistung, 1898 nur noch 277 Tonnen, 1905 war der Arbeitseffekt auf 250 Tonnen gesunken. Die Leistungssteigerung in 1905 führt die Behörde auf die Streikbewegung im Frühjahr des Jahres zurück. Die Minderleistung dieser Annahme wird bekräftigt durch die neueste Leistungsstatistik. Während im ersten Halbjahre 1905 pro Steinkohlenbergmann 117 Tonnen gefördert wurden, erhob sich die Förderung pro Kopf im ersten Halbjahre 1906 auf 188 Tonnen. Vorausgesetzt, die Leistung bleibt im zweiten Halbjahre 1906 nur auf der Höhe des Vorhalbjahres, dann ergäbe sich für das laufende Jahr eine Durchschnittsleistung von 279 Tonnen, eine Ziffer, die seit 1899 nicht wieder erreicht wurde. Demzufolge kann augenblicklich nicht von einem Rückgang der Arbeiterleistung gesprochen werden. In noch größerem Maße steigt der Arbeitseffekt im Braunkohlenbergbau. Die Zahl der im preussischen Braunkohlenbergbau beschäftigten Personen ist von 44 304 im ersten Halbjahre 1906 auf 46 281 im ersten Halbjahre 1906 gestiegen. Diese erhebliche Beschäftigungsvermehrung ist ein besonders charakteristisches Merkmal der guten Konjunktur, da nach 1900 die Zahl der Braunkohlenarbeiter mehrere Jahre erheblich zurückging oder doch stabil blieb. Obwohl dieses Jahr im mitteldeutschen Braunkohlengebiet 3000 bis 4000 Arbeiter aus Monate streikten, hat sich doch die Leistung pro Kopf von 475 Tonnen im ersten Halbjahre 1905 auf 490 Tonnen im ersten Halbjahre 1906 gehoben. Die Kohlenknappheit ist demnach nicht auf eine Verminderung der Arbeiterleistung zurückzuführen, da eine solche nicht eingetreten ist.

**\* Der Kongreß der englischen Gewerkschaften hat in Liverpool getagt.** Es nahmen an ihm über 800 Vertretungen teil, darunter 88 Mitglieder des britischen Unterhauses, in dem 60 Männer aus dem Arbeiterstande saßen.

Es sind 15 Jahre verfloßen, seit das Arbeiterparlament zum letzten Mal in Liverpool zusammentrat. Mit gewissen Einschränkungen war der damalige Kongreß für die Entwicklung der Arbeiterbewegung von ebenso großer Bedeutung, wie es der jetzige Kongreß geworden ist. Im Jahre 1899 hatte nämlich der große Dödersaustand in London stattgefunden, in dem der jetzige Minister des Innern John Burns eine führende Rolle spielte. Die unmittelbaren Folgen dieses Ausstandes, in dem mit der Zeit Hunderttausende in Willkürhaftigkeit gezogen wurden, waren die Gliederung der sogenannten ungelerten Arbeiter, d. h. der Männer, die in den Docks, in den Gasanstalten und auf den Kauffahrteischiffen usw. ihren Lebensunterhalt verdienen. Die Vorkämpfer dieser sogenannten neuen Unions wurden anfänglich auf dem Kongreß mit speziellem Augen angesehen; aber der demokratische Geist, den diese Reute in die Verhandlungen mitbrachten, hat allmählich auch die Vertreter der älteren Gewerkschaften ergriffen.

Dazu, daß das britische Parlament jetzt seine eigene Arbeiterpartei hat — oder vielmehr zwei, die sozialistische unter Hain Gardie und die liberale Fraktion — haben gerichtliche Urteile erheblich beigetragen, die in den letzten Jahren zu Ungunsten der Gewerkschaften gefällt worden sind. Besonders hat der im Raffabell gefällte Gerichtspruch, der das Gesamtvermögen eines Gewerkschafts für die Folgen der als ungeschicklich bezeichneten Handlungen der anerkannten Vorkämpfer und Angehörigen der Gewerkschaften verantwortlich machte, dazu beigetragen, daß sich die Arbeiter entschlossen, die Angelegenheit, die für sie eine Lebensfrage war, zu einer politischen zu machen und vor das Unterhaus zu bringen. Um das mit Erfolg tun zu können, mußte eine geschlossene Arbeiterpartei erst geschaffen werden. Das ist dieses Jahr geschehen. Obendrein hat die liberale Partei die Sache der Arbeiter zur eigenen gemacht. Zwei Gesetzesentwürfe, von denen der eine in der den Vorkämpfern des Arbeiterstandes gegebenen Form im Unterhause bereits die dritte Lesung gefunden hat, müssen im Herbst dem englischen House of Commons zur Verlesung zur Annahme oder zur Verwerfung vorgelegt werden.

Der Umstand, daß das Haus der Lords sich im Oktober mit zwei Gesetzesentwürfen befaßt, die auf dem letzten Kongreß der Gewerkschaften durch beraten worden sind, verleiht der diesjährigen Versammlung in Liverpool politische Bedeutung. Der Vorsitzende erklärte in seiner Eröffnungsrede, daß der Kongreß der Arbeiter Grund habe, sich über die Erfolge der Arbeiterkandidaten bei der letzten Wahl zu freuen. Man habe aber auch allen Grund, mit

der Regierung zufrieden zu sein, in deren Reihen sich viele Arbeiterfreunde befänden und von der man erwarten könne, daß sie bald den Beweis dafür liefern werde, daß sie rechtspassender zu handeln bereit sei, als die Regierung, die vor ihr am Ruder gewesen sei und unter der der Fortschritt fest gefahren habe, während ein grauerhaarer Krieg tobte. Der Redner wollte nichts von zwei Arbeiterparteien wissen; die Sache der Arbeiter sei zu groß und zu heilig, als daß man einzelnen Individuen erlauben könne, ihre Entwicklung aus persönlichen oder anderen Gründen aufzuhalten. In Bezug auf den Gesetzesentwurf über Arbeitsfreiheiten betonte der Vorsitzende, daß die Arbeiter entschlossen seien, so lange zu kämpfen, bis sich die Gewerkschaften derselben Unantastbarkeit erfreuten, wie die Verbände der Unternehmer. Das englische Wahlgesetz sei veraltet und bedürfe einer gründlichen Umgestaltung. Als Beweis dafür führte er an, daß bei der Wahl 41 280 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, ohne daß einer der sozialdemokratischen Kandidaten gewählt worden wäre. Eine der interessantesten Resolutionen des Tages wurde vom Abgeordneten Sexton eingebracht. Die Resolution befürwortet eine festere Zentralisation der Arbeiterbewegung auf industriellem und politischem Gebiete. Die beiden im Unterhause vorhandenen Arbeiterparteien ständen sich so nahe, daß eine Vereinigung eine Kleinigkeit sein würde. Es kam bei der Besprechung dieser Resolution dadurch zu einer lebhaften Auseinandersetzung, daß Sexton die gewerkschaftliche Gruppe im Parlament angriff. Die dem radikaleren Flügel des Kongresses mehr als dem konservativeren Flügel zuzurechnende Resolution wurde mit 758 gegen 643 Stimmen angenommen. Das Stimmenverhältnis zeigt, daß im allgemeinen in den letzten Jahren das Stimmverhältnis der sozialistischen Richtung zuneigenden Gewerkschaften gegenüber der Richtung der Gewerkschaften, die an dem alten Traditionsismus festhalten, ziemlich unverändert geblieben ist. Den Tiselt brachte, wie in jedem Jahre, seine Resolution zu Gunsten von Zwangslohnbeschränkungen bei Arbeitsfreiheiten ein. Er wurde nach einer energiegelassen Entzweiung vor seinen Parlamentarismiesmitgliedern mit 938 gegen 641 Stimmen abgewiesen. Das Mitglied der Arbeiterpartei des Parlamentes, Scharleton, beantragte, der Kongreß müsse beschließen, daß keine Forderung des Streikgesetzes als genügend betrachtet werden könne, solange durch dieses Gesetz nicht die volle Unantastbarkeit der Gelder der Gewerkschaften gewährleistet werde. Wenn der Kongreß diesen Beschluß fälle, so werde er dadurch die Stellung der Arbeiterpartei im Parlament stärken. Das von der Regierung entworfenene Gesetz sei zwar anerkennenswert, gestalte aber durch seine Fassung eine Auslegung, die gefährlich werden könne. Es müsse den Mitgliedern unmöglich gemacht werden, das Gesetz gegen den Willen des Parlamentes zu benutzen. Ein zweiter Abgeordneter betonte ebenfalls die Notwendigkeit eines klaren Wortlautes des Gesetzes. Der Sekretär des Verbandes der Eisenbahner, W. G. Bell, gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß das Gesetz im Herbst in befriedigender Fassung zur Annahme gelangen werde. Der Kongreß ging sodann zur der Besprechung der Entsendung einer Abordnung an die frühere Duma in Rußland über. Diese Abordnung soll eine Denkschrift überbringen, die von 300 Mitgliedern des Parlamentes, leitenden Gewerkschaften und Genossenschaften unterzeichnet ist und sich zu Gunsten der Duma ausdrückt. Einer der Delegierten trug große Heiterkeit durch die Frage hervor, ob man vorher das Leben der nach Rußland zu entsendenden Vertreter beschreiben werde. Ein anderer fügte hinzu: „Wenn wir sie nach Rußland schicken, werden sie nie wieder kommen und wir können unseren Präsidenten (dieser soll ein Mitglied der Deputation sein) noch nicht entbehren. Jedenfalls müssen wir ihnen bombastische Angelegenheiten verschaffen.“ Nachdem sich die Heiterkeit gelegt hatte, wurde der Antrag, den Präsidenten und den Sekretär des parlamentarischen Komitees nach Rußland zu senden, angenommen. Weitere Resolutionen bezogen sich auf Einführung eines geeigneten Systems für Fabrikinspektion und auf die Notwendigkeit, daß alle Personen, die mit Dampfmaschinen und Seilen zu tun haben, im Besitze von Fähigkeitszeugnissen sind. Der Premierminister soll ersucht werden, die Wohnungsfrage bereits in der nächsten Parlamentssession zur Sprache zu bringen. Der Vorsitzende dieses Antrages erklärte unter dem Beifall der Versammelten, daß die Regierung ein Hinusschieben einer Gesetzgebung in Bezug auf diese Frage nicht wagen könne, ohne ihre augenblickliche Stellung zu erschüttern. — Das Parlamentarismiesmitglied Glynes brachte darauf eine Resolution zu Gunsten der Abkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag oder 48 Stunden pro Woche ein. Auf diese Weise werde es möglich sein, vielen der Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Bei den Wahlen müsse den Kandidaten die Beförderung dieser Befürwortung der Arbeitsstunden zur Pflicht gemacht werden. Bei den Eisenbahnern fand dieser Antrag lebhafteste Unterstützung, und er wurde einstimmig angenommen. Zwischen den Vertretern des Verbandes der Bergleute von Großbritannien und den Vertretern des Bergarbeiterverbandes von Durban kam es jedoch in Bezug auf den achtstündigen Arbeitstag zu einer heftigen Auseinandersetzung, weil ein Vertreter des letztgenannten Verbandes sich im Parlament gegen einen gleich vorgeschriebenen achtstündigen Tag ausgesprochen hatte. Die Vertreter des Verbandes in Durban gaben schließlich zu, daß es nicht unmöglich sei, daß sie demnach ihre Ansicht zu Gunsten des gleichlichen achtstündigen Tages ändern würden. Vorläufig seien sie in dieser Frage neutral. Ein schottischer Vertreter verlangte, daß das parlamentarische Komitee einen Gesetzentwurf ausarbeiten solle, durch den die Unternehmer daran verhindert würden, Arbeiter und deren Familien aus ihren Wohnungen zu treiben, während sie im Streik stünden. Liberale und Tories hätten bei Streiks und Ausschlüssen diese Waffe verwendet. Der Premierminister sei in Schottland darauf aufmerksam gemacht worden, und es müsse zu seiner Ehre gesagt werden, daß er erklärt habe, diese Verfahren der Unternehmer sei brutal, und das Parlament habe die Pflicht, dagegen einzuschreiten. Diese Mitteilung rief große Begeisterung hervor. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag richtete sich gegen die unbeschränkte Verwendung ungeschulter ausländischer Ar-

beter in englischen Bergwerken. Ein amerikanischer Delegierter überbrachte die Grüße der amerikanischen Vereine. Wenn die Arbeiter Englands und Amerikas Hand in Hand arbeiteten, so wäre ein vollständiger Sieg lediglich eine Frage der Zeit. Die amerikanischen Arbeiter seien, wie ihre englischen Brüder, der Ansicht, daß die Kriegseinstellungen im Interesse des allgemeinen Friedens eingeschränkt werden müßten.

**\* Acht Stunden Arbeit.** Der Mittwochtag in einer belgischen Seifenfabrik in Forest bei Brüssel hat, wie die Direktion selbst bekannt gibt, zu Ergebnissen geführt, die allen Anhängern der Theorie, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit meist auf Vorteil für die Produktion bedeute, eine neue Bestätigung ihres Prinzips bringen. Vom 1. April ab war zunächst versuchsweise auf vier Wochen der bisherige zehnstündige Arbeitstag auf acht Stunden beschränkt worden, und zwar unter Beibehaltung der alten Lohnsätze in dem Sinne, daß den in Stundenlohn stehenden Arbeitern für eine Arbeitswoche von 48 Stunden derselbe Lohn gezahlt wurde wie früher für die Arbeitswoche von 60 Stunden, während die Stundearbeiter im alten Lohnsatz verblieben. Nach der neuen Bestimmung wird unter Beibehaltung der alten Arbeitspausen von 7 Uhr früh bis 6 Uhr Nachmittags gearbeitet mit Ausnahme des Sonntags, wo der Arbeitstag bereits um 1 Uhr schließt. Die Erfahrungen waren derart, daß der Direktor den Versuch um weitere vier Wochen ausdehnte, um schließlich am Ende der Frist, am 1. Juni, den achtstündigen Arbeitstag definitiv einzuführen. Nach der „Sozialen Praxis“ ist die Direktion mit den gewonnenen Resultaten vollständig zufrieden und hofft es auch in Zukunft zu bleiben. Die Arbeiterleistung ist dieselbe geblieben, was schon daraus erhellt, daß die auf Stundlohn gestellten Arbeiterinnen, die erst eine Einbuße ihres Verdienstes befürchteten, ihren alten Verdienst beibehielten, wenn sie nicht sogar mehr verdienten. Auch die Qualität der Arbeit hat sich nicht geändert. Und noch ein Vorteil hat sich seit der Einführung des achtstündigen Arbeitstages ergeben: daß sich noch kein einziger Unfall ereignet hat, während beim zehnstündigen einige zu verzeichnen waren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind eben beim achtstündigen Arbeitstage nicht so abgespannt wie beim zehnstündigen.

Mit alledem sagt man den Arbeiterkreisen, die sich mit dieser Frage beschäftigen haben, nichts Neues. Sie haben die Bedeutung und den Wert des achtstündigen Tages in jeder Hinsicht längst erkannt.

**\* Ueber die erste Konferenz der Warschauer Gewerkschaften** wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ von dort geschrieben:

Witten im Toben revolutionärer Stürme, allen Grenzen des Kriegszustandes zum Trotz, tagte vor einigen Tagen in Warschau die erste Konferenz der Gewerkschaften. Einunddreißig Delegierte vertraten zwölf organisierte Warschauer Verbände (Metallarbeiter, Schneider, Maler, Betonarbeiter, Friseur, Gerber, Weißgerber, Schuster, Holzarbeiter, Schuhmacher, Gutarbeiter, Steinmetze), insgesamt 8933 Mitglieder (blos Warschau). Nachdem die Berichte der einzelnen Verbände verlesen worden waren, besprach der Referent des Organisationskomitees die Entwicklung der Organisation. Er besprach die vor 15 Jahren gegründeten „Widerstandskassen“ und ging dann zur Tätigkeit des letzten Jahres über. Nach den Berichten schritt man zur Diskussion, in der besonders über die zwei bestehenden Organisationsformen gesprochen wurde. Es gibt nämlich Organisationen, die nur Eingangsgebühren, und solche, die auch Beiträge erheben. Ein Teil der Genossen betonte, man müsse diese zweite Art verbreiten, weil sie die Kampffähigkeit des Proletariats fördert. In der Debatte verteilte ein Genosse den Standpunkt, man müsse aus den Gewerkschaften jede sozialistische Agitation beseitigen und sich nur mit der allgemeinen Ausbildung der Mitglieder befassen. Diese Ansicht wurde heftig bekämpft. Viel Zeit widmete man der Besprechung der nationalen und örtlichen Verbände. Alle Redner stellten die Tatsache fest, daß diese Organisationen von den Unternehmern und ihren Katakomben gegründet werden, damit sie im Notfall Streikbrecher liefern. Anhänger finden diese Organisationen unter den weniger beduften und weniger intelligenten Arbeitern. Sodann wurde beschlossen, den „Ruch Zaborow“ regelmäßig erscheinen zu lassen, wofür die einzelnen Verbände im Vorhinein die Gebühr zu entrichten haben. Ferner wurde beschlossen, die nationalen und örtlichen Gewerkschaften energig zu bekämpfen und eine Broschüre herauszugeben, die den Charakter und die Bedeutung dieser Verbände erklärt. Schließlich wurde durch Akklamation die Depeche angenommen, die man an das Internationale Gewerkschaftsbureau in Berlin sendete. In dieser Depeche betont die Konferenz die schweren Bedingungen, unter denen man jetzt in Rußland arbeiten muß, und gibt der Solidarität Ausdruck, die die Warschauer Gewerkschaften mit der internationalen Bewegung verbindet.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

**\* Zur Bekämpfung der gewerblichen Verletzungen** ist von der deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiter eine Eingabe an den Bundesrat und Reichstagler gerichtet worden, der eine Reihe beachtenswerter Vorschläge zur Bekämpfung der wenigstens Milderung dieses bisher noch recht kümmerlich behandelten Gebietes des deutschen Arbeiterkampfes enthält. Zunächst wird für Kranenanstalten und Ärzte die Angelegenheit für gewerbliche Verletzungen an die zuständigen familiären Aufsichtsbehörden, für die Werke der Betriebe, die gewerbliche Gifte erzeugen, zugleich eine von den Betriebsinhabern unabhängige Stellung gefordert. Die Betriebsinhaber, die gewerbliche Gifte erzeugen oder verwenden, sollen der Angelegenheit unterworfen, die Stellenleitungen zu besonderer Aufmerksamkeit hinsichtlich der Gesundheitsverhältnisse ihrer in Giftbetrieben beschäftigten Mitglieder aufgefordert werden. Besonders wichtig erscheinen die beiden weiteren Forderungen nach der Anstellung „besonderer“ gewerkschaftlich geschulter Ärzte neben den Hausärzten zur Überwachung der Gifte-



betriebe sowie die Regelung der Arbeitszeiten der Arbeiter nach der Schwere der Vergiftungen. Man wird diese Vorschläge, die durchaus maßvoll und durchführbar erscheinen, nur begrüßen können. In den Jahresberichten der Gewerkschaften bilden die gewerblichen Vergiftungen, namentlich die Blei- und Wismutvergiftungen und andere, eine regelmäßig wiederkehrende Plage. Wenn man sich der verschiedenen Auffassung, wie weit die durch gewerbliche Vergiftungen herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit als Betriebsunfall anzusehen sei, erinnert, so wird man die vorgeschlagenen gesetzlichen Regelungen als einen erheblichen Fortschritt bezeichnen müssen, der die weitestgehende Beachtung und vor allem die weitestgehende Unterstützung verdient.

### Verschiedenes.

\* **Einen neuen Weg zur Volksbildung** hat der Genosse Südekum mit einer Einrichtung beschritten, von der er uns Kenntnis gibt. Genosse Südekum hat eine „Freie Wander-Bücherei“ zusammengekauft, wodurch er den Genossen der kleinen und kleinsten Orte Gelegenheit zur Fortbildung durch das Lesen guter Bücher gewähren will. Diese Bücherei steht den Genossen völlig kostenlos zur Verfügung. Ueber die Einrichtung und Benutzung der Bücherei sind folgende Regeln aufgestellt:

1. Die „Freie Wander-Bücherei“ besteht aus verschiedenen Reihen von je 10–12 Bänden. Jede Reihe ist in einer Verbandsliste untergebracht.

2. Parteigenossen, die an ihrem Wohnorte nicht über eine Vereins- oder andere Bibliothek verfügen, erhalten eine Bücherei auf je drei Wochen portofrei und unter Beifügung des Rückports zugekauft. Sie ernennen unter sich einen Vormann, der die Bücherei verwahrt, die Bücher zum Lesen ausleiht und für pünktliche Rücklieferung sorgt. Nach Ablauf der Verleihsfrist ist die Bücherei sofort zurückzugeben.

3. Die Verleihungen müssen die genaue Adresse des Bestellers und den Stempel des für den Ort zuständigen Parteivertrauensmannes tragen, der dadurch aber keine Haftung übernimmt.

4. Die Verleihungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens ausgeführt. Die erste Verleihung erfolgt am 1. Oktober dieses Jahres.

Diese Regeln sind derart nobel, daß sie sicher viel zum Gelingen des Planes beitragen werden. Ganz besonders wollen wir nicht verschließen, unsere Kollegen auf diese wunderbare Gelegenheit hinzuweisen. Hier können sie ohne jede Gegenleistung, ohne Kosten, ohne Mühen, lediglich gegen das Versprechen rechtzeitiger Rücksendung, gute Bücher lesen.

Zum dem Unternehmen selbst wollen wir bemerken, daß wir den ihm zu Grunde liegenden Gedanken für sehr glücklich halten. Uns ist ein ähnlicher Versuch im kleinen bekannt, der allerdings scheiterte, weil es an den nötigen Mitteln fehlte. In diesem Falle ist das wohl nicht zu beklagen, denn Genosse Südekum würde die Sache gar nicht angefangen haben, wenn er nicht die Gewißheit hätte, die nötigen und keineswegs geringen Aufwendungen immer und ohne fremde Hilfe leisten zu können. Mit der Durchführung dieses Projektes erwirbt er sich ein großes Verdienst um die Arbeiterbewegung.

\* **Die Gewerkschaften in Japan** befinden sich noch ganz am Anfangsstadium ihrer Entwicklung, aber sie beginnen schon einige Erfolge zu erzielen. So berichtet die letzte Nummer des „Sitari“, das Organ der japanischen Sozialisten, über einen Märschzug in Yokohama, der durch die Gewerkschaft gut vorbereitet war. Der fünfstündige Streik endete mit einem Siege der Arbeiter. Ihr Lohn, der früher etwa 1,80 pro Tag betrug bei einer Arbeitszeit von 14 Stunden, wurde auf 2 erhöht und die Arbeitszeit auf 12 Stunden herabgesetzt.

Wie der „Sitari“ ferner mitteilt, gehen die japanischen Sozialisten ernstlich mit der Absicht um, ein Tagesblatt herauszugeben. Die Leitung dieses Blattes soll der Genosse Kotozu übernehmen, der früher den „Seimin Shimbun“ redigierte.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 50 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Grundzüge der Pläne? Von Karl Kautsky. — Die politische Entwicklung im Saargebiet. Von Franz Valentin.

Das einzelne Heft kostet 25 A. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W 15. Preis für das Einzelheft 10 A, pro Monat 40 A, pro Vierteljahr 120 A, Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 87. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat:

Glossen: Abhängigkeitsmethoden. — Rückblick an den Vorwärts. — Regler der Liberalismus. — Ein teurer Justiztum. — Kaffhäuser-Witze. — Vertreter Christi auf Erden. — Der revolutionäre Guerillakrieg. — Georg Bernhardt: Der Fall Bernburg. — Lily Braun: Probleme der Frauenarbeit. — Dr. Fried. Mann: Die Sozialdemokratie bei den Wahlen von 1906. — Joh. Soffkau: Gewerkschaftliche Unterdrückung. — Verhandlung Nachrichten: Männerkultus. — Carl Morburger: Das Unabwendbare.

„Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunalpolitisch und Gemeindefortschritt, herausgegeben von Dr. A. Südekum, Verlag von Paul Singer, Berlin. In der uns vorliegenden Nummer 38 gibt der Reichstagsabgeordnete für Götting, Hr. Herbert, der zugleich dem dortigen Stadtelementarcollegium angehört, einen sehr lehrreichen Überblick über die Tätigkeit der Sozialdemokraten auf dem Rathaus der Ostfriesenstadt, deren Behörden jenseit durch ihr unvollständiges Eingreifen in einen schweren wirtschaftlichen Kampf zu Ungunsten der Arbeiter allgemeine Erbitterung im deutschen Proletariat hervorgerufen haben. Ueber die Reichstagsarbeit der Reichstagskammer kann man sich unterrichten, indem man sich ein Probeheft kostenlos vom Verfasser der „Kommunalen Praxis“, Hr. Südekum W 10, senden läßt. Im Hinblick auf bevorstehende Gemeinderatswahlen

sollten sich die Parteigenossen das brauchbare Agitationsmaterial nicht entgehen lassen, das in der „Kommunalen Praxis“ enthalten ist.

### Briefkasten.

**Berlin, 5. W.** Solange ein solcher Kollege sich mit den Verbandsangelegenheiten einverstanden erklärt, sich den Beschlüssen der Organisation fügt und den statutarischen Pflichten genügt, kann er Mitglied bleiben. Gewöhnlich dauert die Herrlichkeit aber nicht lange. Gar bald stellt es sich heraus, daß die Interessen der Partei mit den Interessen des Verbandes kollidieren, wodurch der Unternehmer in die Zwangslage gerät, entweder seine Interessen oder die des Verbandes und seiner Mitglieder zu verteidigen. In der Regel wird der Unternehmer seine Interessen wählen und dadurch den Konflikt heraufbeschwören, der ihn entweder freiwillig aus dem Verbande ausschließen läßt oder seinen Ausschluss herbeiführt.

**Verndorf.** Berichte ohne Unterzeichnung werden nicht veröffentlicht.

**B. 22.** Selbstredend können auch Sie uns Einwendungen zur Diskussion der Frage der Alfordarbeit machen; das kann jeder Kollege, der dazu etwas zu sagen und was Papier zu bringen weiß. Eine Sitzung der Einwendungen behält sich die Redaktion jedoch in jedem Falle vor.

**Spanan.** Wir haben die Verichtigung an der Sperrnotiz, wie Sie sehen, vorgenommen. In Zukunft wollen Sie aber den vornherein die Namen so deutlich schreiben, daß man es lesen kann, ohne vorher einen Anruf zur Erläuterung der Hieroglyphen durchmachen zu müssen.

**Landshut, W.** Das Papier war natürlich auf beiden Seiten beschrieben. Wir haben darum den Bericht recht schon gedruckt.

### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileide stehen 15 A.)

**Berlin.** (Sektion der Arbeiter.) Am 8. September starb unser Ehrenmitglied **Wilhelm Liersch** im Alter von 65 Jahren an Herzschlag. — Am 6. September starb unser Mitglied **Hugo Kröbel** im Alter von 28 Jahren an Herzschlag.

**Göln.** Am 31. August starb der Kollege **Peter Schor** im Alter von 32 Jahren an den Folgen eines Sturzes aus dem Fenster seiner Wohnung.

**Sorrum.** Am 3. September, in der Mittagsstunde, erkrankt beim Baden im Dortmund-Ranal unser Verbandskollege **Joh. Gowski** im Alter von 35 Jahren.

**Kaiserlautern.** Am 2. September starb unser Kollege **Philipp Becker** im Alter von 20 Jahren an Typhus.

**Karlruhe-Kuelingen.** Am 2. September starb nach langem Leiden unter treuer Verbandskollege **Adolf Wiestel** an der Proletarierkrankheit im Alter von 22 Jahren.

**Kiel.** Bei dem Einsturz eines Fabrikneubaus verunglückten zwei unserer Mitglieder, die Kollegen **Gottlieb Berrie**, 41 Jahre alt, und **Otto Gausloff** aus Voichlingen b. Weisburg, 19 Jahre alt. **Königsberg-Varrenstein.** Am 19. August starb unser Mitglied **Gottfried Begler** im Alter von 59 Jahren durch Abbruch vom Gerüst.

**Mühlhausen i. Th.** Am 30. August starb unser Verbandskollege **Karl Fischer** im Alter von 31 Jahren an Gehirnarterienanomalie. Er war ein treues Mitglied unserer Zählstelle.

**Neustadt.** Am 28. August starb unser Mitglied **August Bredow** im Alter von 27 Jahren an Lungenerkrankung.

**Münster-Wirthe.** Am 29. August starb unser Kollege **Georg Neindel** nach kurzer Krankheit im Alter von 61 Jahren.

**Pfeiferwisch.** Am 2. September starb plötzlich auf dem Wege zum Arzt unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Fichte** im Alter von 42 Jahren.

**Hastenburg.** Am 5. September starb unser treues Mitglied **Ang. Lau** im Alter von 51 Jahren an Herzleiden.

**Reichenbach.** Am 6. September starb unser Mitglied, der Kollege **Adolf Lehmann** im Alter von 39 Jahren an Darmkrebs.

**Schdenitz.** Am 1. September starb unser Mitglied **Hermann Behn** im 20. Lebensjahre an Schwindel.

**Verbst.** Infolge Unfalls starb am 4. September unser Mitglied **Martin Alex** im 61. Lebensjahre. *Ehre ihrem Andenken!*

#### Burg bei Magdeburg.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist jetzt: **Friedrich Bretz, Magdeburgerstr. 34.** Alle Briefschaften sind nach dort zu richten. [M. 1,50] Der Vorstand.

#### Herne-Recklinghausen.

Das Bureau des Zweigvereins befindet sich jetzt: **Hont-Cenistr. 22, 1. Et.** [M. 1,50] Der Vorstand. J. A. S. Wendler.

#### Aufforderung.

Die Ortsvereinigungen von Wietzen und Neuborf ersuchen alle Parteigenossen, die noch im Besitze von Beitragsmarken oder des dafür einfallenden Geldes sind, bis 30. September 1906 mit den unterzeichneten Vertrauensmännern abzurechnen, damit Unterhaltungsabgaben vermieden werden; denn die 3. Quartalsabrechnung steht der Zeit.

[M. 2,70] **Anton Bias, Franz Klein.**

Die Kollegen, die den Aufenthalt des Kollegen **Rudolph Mühlmeister**, geb. am 15. Dezember 1889 in Neuborf, kennen, werden ersucht, dies dem Unterzeichneten sofort mitzuteilen.

**Dieter Bohrens,**  
erster Vorsitzender des Zweigvereins Neuborf,  
Waldsdorf bei Neuborf, Gartenstr. 2.

[M. 1,80] Der Kollege **Martin Gent**, geb. 24. September 1888 zu Wolsendbüttel, wird gebeten, seine Adresse an das Verbandsbureau **Brandenburg, Werder 32**, gelangen zu lassen.

Die Adresse des Kollegen **Aug. Dieckhoff** (Maurer) aus Göttingen, letzter Arbeitsort Göttingen (Westfalen), wünscht zu wissen.

**Carl Roth,**  
Vorsitzender des Zweigvereins Göttingen,  
Grauerstr. 6.

[1,50] **Hohenstein-Ernstthal.**

Donnerstag, den 23. September, Nachmittags 6 Uhr:

#### \* Stiftungsfest \*

im Gasthaus „Zur Feile“. Sämtliche Kollegen von hier und Umgegend sind mit ihren Familien freundlichst eingeladen.

**Der Vorstand.**  
NB. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. [M. 3,30]

[M. 3,30] **Forst.**

Donnerstag, den 22. September, Abends 8 Uhr:

#### Achtes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn **Karl Fendler**, Am Haag, bestehend in Konzert, Theater und Ball.

Sämtliche Kollegen von Forst und Umgegend sind mit ihren Familien freundlichst eingeladen. **Das Komitee.**

**Barop.**

Donnerstag, den 16. September 1906:

#### Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Theater und Ball.

Sämtliche Kollegen von Barop und Umgegend sind freundlichst eingeladen. [M. 3] **Das Komitee.**

Am 24. September feiert unser Zweigverein sein

#### Stiftungsfest

wozu sämtliche Kollegen freundlichst eingeladen sind.

Eintritt 50 A. [2,40] **Der Vorstand.**

**Mattingen.**

Donnerstag, den 16. September, Nachmittags 4 Uhr:

#### Stiftungsfest

verbunden mit Konzert, Theater und Ball.

Sämtliche Kollegen von Mattingen und Umgegend sind mit ihren Familien freundlichst eingeladen. [M. 3] **Das Komitee.**

**Veranstaltungs-Anzeiger.**

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.

**Verbandsveranstaltungen der Maurer.**

Donnerstag, den 16. September.

**Allstedt.** Im Gasthof „Zum Anker“ (N. Wege).

**Jessen.** Nachm. 3 Uhr in der Wohnung des Kollegen **Wilhelm Krosch.**

**Unterweilshaus.** Nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Zur Sonne“ in Breitenbach. Mitgliedsbücher mitbringen. Referent ist anwesend.

**Wiesenburg.** Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

**Zerbst.** Nachm. 3 Uhr Generalversammlung. L.-O.: Hofstraße.

**Montag, den 17. September.**

**Berlin.** (Geist. Norden I und II.) Bei Bernau, Schwebelstr. 29/30.

(Geist. Nordost.) Bei Peters. L.-O.: 1. Bericht von den Vertreter-Versammlungen. 2. Abrechnung vom Sommerfest. 3. Bericht des

**Dienstag, den 18. September.**

**Altenburg.** Abends 8 Uhr im „Adler“.

**Günnersdorf i. Riesengeb.** Referent zur Stelle.

**Donnerstag, den 20. September.**

**Berlin.** (Geist. Gegend.) Abends pünktlich 8 1/2 Uhr bei Schwanke, Wittenbergstr. 10 a. 1. Vortrag über: „Partei und Gewerkschaft“. 2. Diskussion.

3. Bericht aus den Vertreter-Versammlungen. 4. Bericht des

**Berlin-Reinickendorf.** Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Friedel“, Ruppinerstr. 61.

**Grünberg i. Schl.** Bei Frau Adam. Wichtige Tagesordnung.

**Freitag, den 21. September.**

**Wanne.** Abends 8 Uhr im Lokal des Herrn Gomburg, Gussstr. 21.

**Donnerstag, den 22. September.**

**Aken.** Abends 8 1/2 Uhr.

**Öffentliche Maurerversammlungen.**

**Donnerstag, den 16. September.**

**Trachenberg.** Nachm. 3 Uhr bei Herrn Schulze in Groß-Wischitz.

**Zentral-Frankenkasse der Maurer usw.**

**Donnerstag, den 16. September.**

**Berlin.** Nachm. 10 Uhr im Generalkongresshaus. L.-O.: 1. Wahl der Kassenteller. 2. Vortrag. 3. Bericht des Mitgliedsbundes legitimiert.

**Druck:** Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Buer & Co. in Hamburg.